

Gemeinde Schenefeld

10. Änderung des Flächennutzungsplans

für das Gebiet „nördlich Mühlenstraße, westlich Soothweg, östlich Bornvierthsweg und südwestlich Moorlandsweg“

Bearbeitungsstand: 29.01.2024 § 3 (2) BauGB

Bvh.-Nr.: 21071

Begründung



Auftraggeber

Gemeinde Schenefeld
über das Amt Schenefeld
Holstenstraße 42-48
25560 Schenefeld

Projektbearbeitung

Leitung:
Dipl.-Ing. Sven Methner
Stadtplaner
(048 35) 97 77 – 243

Auftragnehmer

Ingenieurgemeinschaft Sass & Kollegen GmbH
Grossers Allee 24, 25767 Albersdorf
(0 48 35) 97 77 – 0, Fax: (0 48 35) 97 77 - 22

Umweltbericht erstellt von:

Dipl.-Ing. Landschaftsplanung
Kristin Oppermann
k.oppermann@sass-und-kollegen.de

Inhalt

1. Plangrundlagen	1
1.1 Anlass und Ziel der Planung.....	1
1.2 Lage und räumlicher Geltungsbereich.....	1
1.3 Raumordnungsplanung	2
1.4 Flächennutzungsplanung (FNP).....	5
1.5 Wohnraumbedarf, Innenentwicklung	5
1.6 Standortalternativenprüfung	6
2. Planinhalte	7
2.1 Art der baulichen Nutzung	7
2.2 Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft.....	7
2.3 Erschließung	8
2.8 Hinweise und Nachrichtliche Übernahmen.....	8
3. Naturschutz/Eingriffsregelung	9
4. Umweltbericht	11
4.1 Inhalte und Ziele des Bebauungsplanes.....	11
4.3 Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen	17
4.3.2 Schutzgut Biotope, Tiere und Pflanzen	19
4.3.3 Schutzgut Boden / Fläche	26
4.3.4 Schutzgut Wasser	28
4.3.5 Schutzgut Klima / Luft	29
4.3.6 Schutzgut Landschaft.....	30
4.3.7 Schutzgut Mensch.....	30
4.3.8 Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter	31
4.3.9 Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern	32
4.3.10 Zusammenfassende Prognose	33
4.3.11 Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung ..	34
4.4 Vermeidung, Verminderung, Minimierung und Ausgleich.....	34
4.4.1 Vermeidung, Schutz und Minimierung.....	34
4.4.2 Ausgleich.....	36
4.4.3 Überwachung von Maßnahmen	36
4.5 Prüfung anderweitiger Planungsmöglichkeiten	36
4.5.1 Standortalternativen	36
4.5.2 Planungsalternativen innerhalb des Plangebietes.....	37
4.6 Zusätzliche Angaben im Umweltbericht	37
4.6.1 Technische Verfahren bei der Umweltprüfung.....	37

4.6.2	Überwachung der Umweltauswirkungen	37
4.6.3	Zusammenfassung des Umweltberichts.....	38
4.6.4	Referenzliste	39
Anlagen	39

1. Plangrundlagen

1.1 Anlass und Ziel der Planung

In der Gemeinde Schenefeld besteht eine anhaltende Nachfrage nach Wohnbauland, ohne dass im planungsrechtlichen Innenbereich oder innerhalb bestehender Bebauungspläne noch ausreichend kurz- bis mittelfristig verfügbare Entwicklungspotentiale bestehen (vgl. Kap. 1.5 „Bedarfsabschätzung, Innenentwicklung“ sowie Anhang). Als ländlicher Zentralort ist Schenefeld ein raumordnerisch festgelegter Schwerpunkt der Wohnbauentwicklung und soll bedarfsgerechte Wohnraumflächen für den örtlichen Bedarf und den zusätzlichen Bedarf des Verflechtungsraums bereitstellen (vgl. Kap. 1.3 „Raumordnungsplanung“).

Um dieser Funktion gerecht zu werden, will die Gemeinde mit der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 34 eine Fläche entwickeln, auf der ein Teil des absehbaren Wohnraumbedarfs der nächsten Jahre bedient werden kann. Dies ist im Zusammenhang mit der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 32 weiter nördlich zu sehen, mit dem ein ähnliches Planungsziel verfolgt wird.

Die Gemeinde hat das Ziel, die Bebauung bisheriger Freiflächen am Ortsrand soweit wie möglich zu reduzieren. Daher wurden auch alternativ Innenentwicklungspotentiale bzw. Flächen mit bereits bestehendem Baurecht geprüft (vgl. Kap. 1.5) und anschließend die nach städtebaulichen Kriterien am besten geeigneten freien Flächen identifiziert (vgl. Kap. 1.6 „Standortalternativenprüfung“). Mit diesem Vorgehen werden auch entsprechende gesetzliche und planerische Vorgaben auf überörtlicher Ebene erfüllt. Die Plangebiete der B-Pläne 32 und 34 liegen dabei in der städtebaulich und raumplanerisch am besten geeigneten Fläche. Daher sollen diese Gebiete nun in zwei Schritten konkret überplant werden.

Von diesen in den Bebauungsplänen Nr. 32 und 34 zur baulichen Entwicklung vorgesehenen Flächen von insgesamt ca. 6,8 ha ist der größte Teil (ca. 5,5 ha) im Flächennutzungsplan (FNP) der Gemeinde bereits seit längerem als Wohnbauflächen dargestellt. Diese bestehende Darstellung soll auch auf die weitere Fläche von ca. 1,3 ha ausgeweitet werden, um die Siedlungslage zu arrondieren (vgl. Kap. 1.4). Dafür wird die vorliegende 10. FNP-Änderung durchgeführt.

1.2 Lage und räumlicher Geltungsbereich

Der Geltungsbereich der FNP-Änderung befindet sich am nordwestlichen Rand des Siedlungsgebiets der Gemeinde Schenefeld nördlich der Mühlenstraße (Kreisstraße 59) angrenzend an den Bornvierthsweg und ist ca. 1,3 ha groß.

Weiter östlich liegt die Ortslage Schenefeld, südlich liegt Einzelbebauung an der Mühlenstraße, ansonsten ist das Plangebiet von landwirtschaftlichen Flächen umgeben. Das Ortszentrum um die Kirche liegt ca. 750 m entfernt, die Grund- und Gemeinschaftsschule Schenefeld ca. 900 m.

Das Plangebiet wird derzeit landwirtschaftlich genutzt, teils als Acker- teils als Weideflächen und ist teilweise von Knicks umgeben.

Zur Einordnung der Gemeinde Schenefeld als Wohn- und Versorgungsstandort sowie zur Abschätzung des Wohnungsbedarfs s.a. Kap. 1.5.

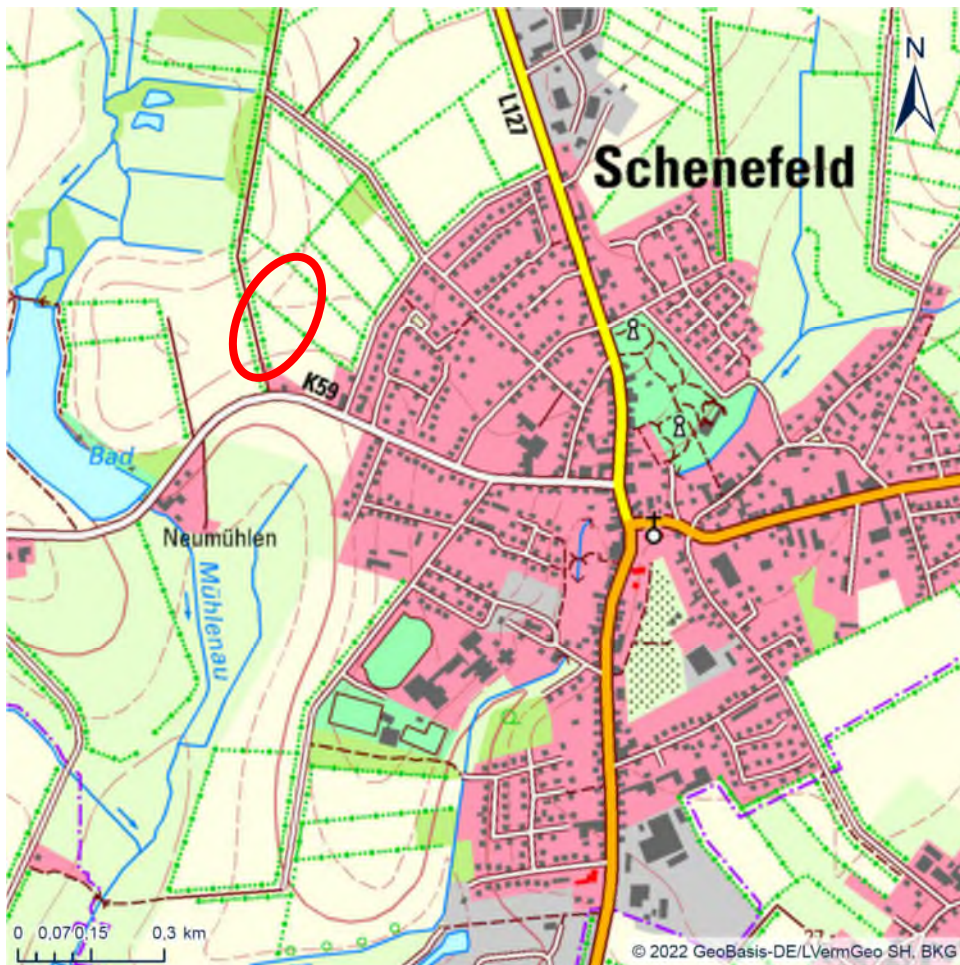


Abb. 1: Übersichtskarte; Lage des Plangebiets, ohne Maßstab

1.3 Raumordnungsplanung

Gemäß **Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein, Fassung 2021 (LEP)**, liegt die Gemeinde Schenefeld im ländlichen Raum (vgl. Text-Ziffer 2.3 LEP). Die ländlichen Räume sollen als eigenständige, gleichwertige und zukunftsfähige Lebensräume gestärkt werden. Die Gemeinde Schenefeld liegt im Bereich der Landesentwicklungsachse entlang der Autobahn 23 (vgl. Text-Ziffer 2.5 LEP). Im nördlichen Gemeindegebiet beginnt ein Entwicklungsraum für Tourismus und Erholung (vgl. Ziffer 4.7.2 LEP). Schenefeld ist als Unterzentrum im System der zentralen Orte ausgewiesen (vgl. Ziffer 3.1.3 LEP). Zentrale Orte sind Schwerpunkte des Wohnungsbaus und sollen daher entsprechend ihrer Funktion ausreichend zur Deckung des regionalen Wohnraumbedarfs beitragen. Daher gilt für sie nicht der wohnbauliche Entwicklungsrahmen wie für Gemeinden ohne Schwerpunktfunktion, jedoch muss auch hier die Entwicklung dem erwartbaren Bedarf entsprechen (vgl. Ziffer 3.6.1 LEP). Dabei hat die Innenentwicklung Vorrang vor der Außenentwicklung. Bevor neue, bisher unbebaute Flächen für Siedlungsentwicklung in Anspruch genommen werden können, muss daher zunächst nachgewiesen werden, inwieweit alle geeigneten innenentwicklungspotentiale ausgeschöpft werden können (vgl. Ziffer 3.9 LEP). Dazu werden in Kapitel 1.5 der Begründung ausführliche Angaben gemacht.

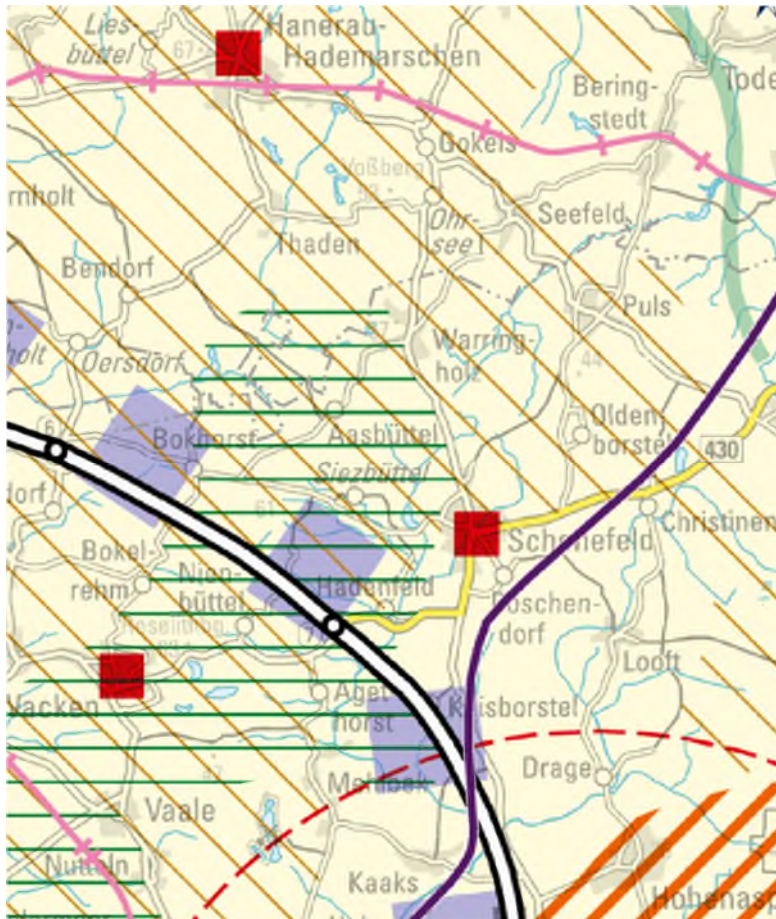


Abb.2: Auszug aus dem LEP, Fassung 2021, ohne Maßstab

Auch im **Regionalplan für den Planungsraum IV** in der Fassung der Fortschreibung von 2005 (RP IV) wird Schenefeld als Gemeinde im ländlichen Raum (vgl. Ziffer 4.3) und als ländlicher Zentralort (vgl. Ziffer 6.1) eingestuft. Auch hier beginnt nördlich der Gemeinde ein Gebiet mit besonderer Bedeutung für Tourismus und Erholung (vgl. Ziffer 5.3). Der Verlauf der Mühlenau mit dem Mühlenteich und Teilen der zufließenden Gewässer sind als Gebiete mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft ausgewiesen. Das Plangebiet liegt außerhalb des im Regionalplan ausgewiesenen „baulich zusammenhängenden Siedlungsbereichs“ der Gemeinde (vgl. Ziff. 6.1.1). Allerdings ist dieser regionalplanerische Siedlungsbereich für Schenefeld insgesamt überarbeitungsbedürftig, da er – auch ohne die vorliegende Planung – in einigen Punkten schon nicht mehr mit dem gültigen Flächennutzungsplan, den bisher umgesetzten Baugebieten und den Entwicklungsperspektiven der Gemeinde übereinstimmt. Im aktuellen Entwurf zum Regionalplan für den Planungsraum III liegt das Plangebiet am Rand des „baulich zusammenhängenden Siedlungsbereichs“.

Außerdem gehört das Gemeindegebiet zusammen mit einigen Nachbargemeinden zu einem „Gebiet mit besonderer Bedeutung für den Trinkwasserschutz“. Dies deckt sich mit einem Trinkwassergewinnungsgebiet, für das aber bisher keine Nutzungseinschränkungen gelten.

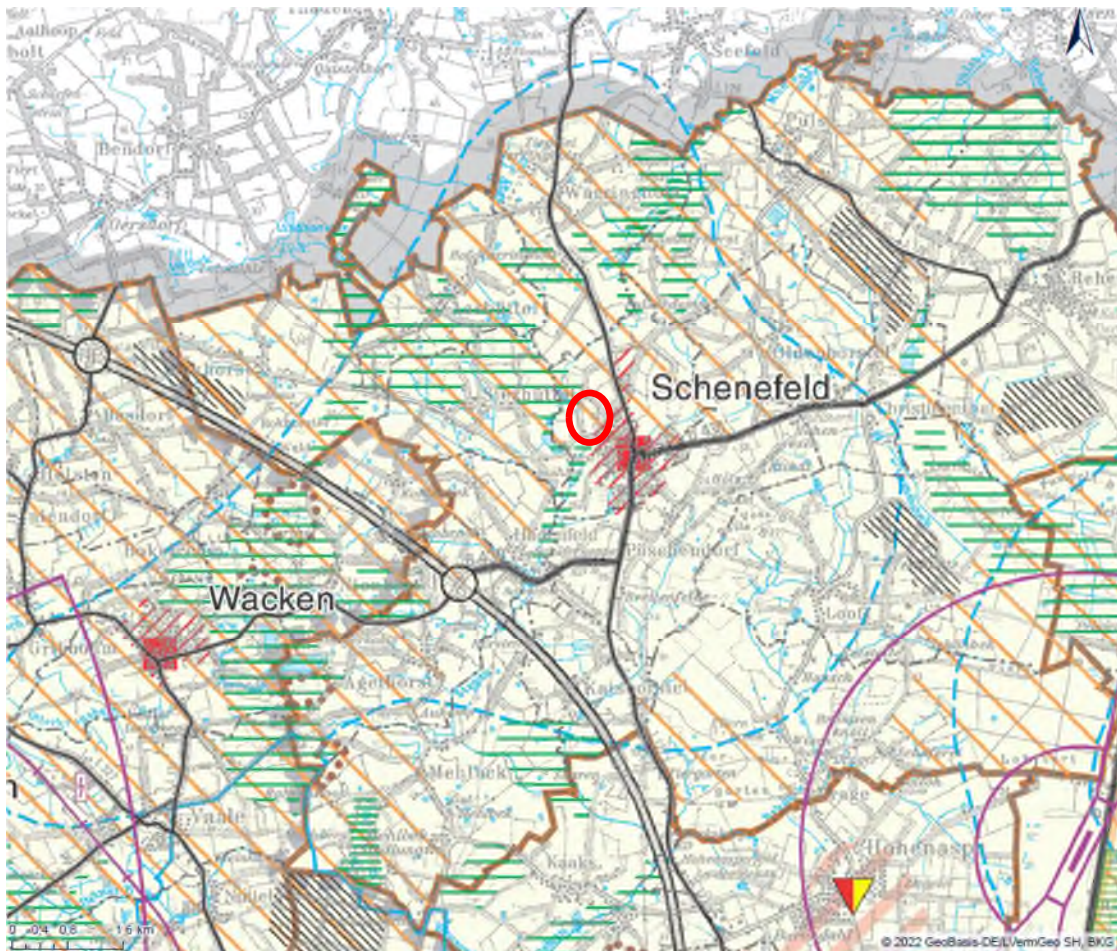


Abb. 3: Auszug aus dem Regionalplan für den Planungsraum IV, ohne Maßstab

Gemäß LEP sollen „neue Bauflächen [...] nur in guter räumlicher und verkehrsmäßiger Anbindung an vorhandene, im baulichen Zusammenhang bebaute, tragfähige und zukunftsfähige Ortsteile und in Form behutsamer Siedlungsabrundungen ausgewiesen werden. Eine Erweiterung von Siedlungssplintern soll vermieden werden. Auf eine gute Einbindung der Bauflächen in die Landschaft soll geachtet werden.“ (vgl. Ziffer 3.9 (2) LEP).

Das Plangebiet wird über die im Flächennutzungsplan bereits dargestellten und im Rahmen des Bebauungsplans Nr. 34 überplanten Flächen im Südosten an das bestehende Siedlungsgebiet angebunden. Es ist im Landschaftsplan zum größten Teil als relativ konfliktarm eingestuft (s.a. Umweltbericht).

Aus diesen Gründen ist die Gemeinde der Ansicht, dass Ziele der Raumordnung der geplanten Flächenabgrenzung nicht entgegenstehen.

Auf den **Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum III** (Stand Januar 2020) und den **Landschaftsplan** der Gemeinde Schenefeld (Stand 2006) wird im Umweltbericht näher eingegangen (siehe **Kapitel 4.2.9**).

1.4 Flächennutzungsplanung (FNP)

Der gültige **FNP** der Gemeinde Schenefeld von 2006 stellt angrenzend an das Plangebiet Wohnbauflächen (W) im Zusammenhang mit der bestehenden Ortslage dar, die nun teilweise durch Aufstellung der Bebauungspläne Nr. 32 und Nr. 34 einer Bebauung zugeführt werden sollen. Diese Wohngebietsdarstellung spart im Bereich des Plangebiets der 10.FNP-Änderung eine Fläche aus, ohne dass dafür städtebauliche oder landschaftsmorphologische Gründe erkennbar sind (s. Abb. 4). Hier soll nun mit der vorliegenden FNP-Änderung eine weitgehend geradlinige Abgrenzung erfolgen, um eine effiziente Erschließung der Wohnbauflächen zu ermöglichen.

Nach außen, also nach Nordwesten hin werden die Wohnbauflächen durch Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zu Entwicklung und Pflege von Natur und Landschaft abgegrenzt, um hier eine Ortsrandeingrünung zu schaffen. Dies soll auch zukünftig gesichert werden.

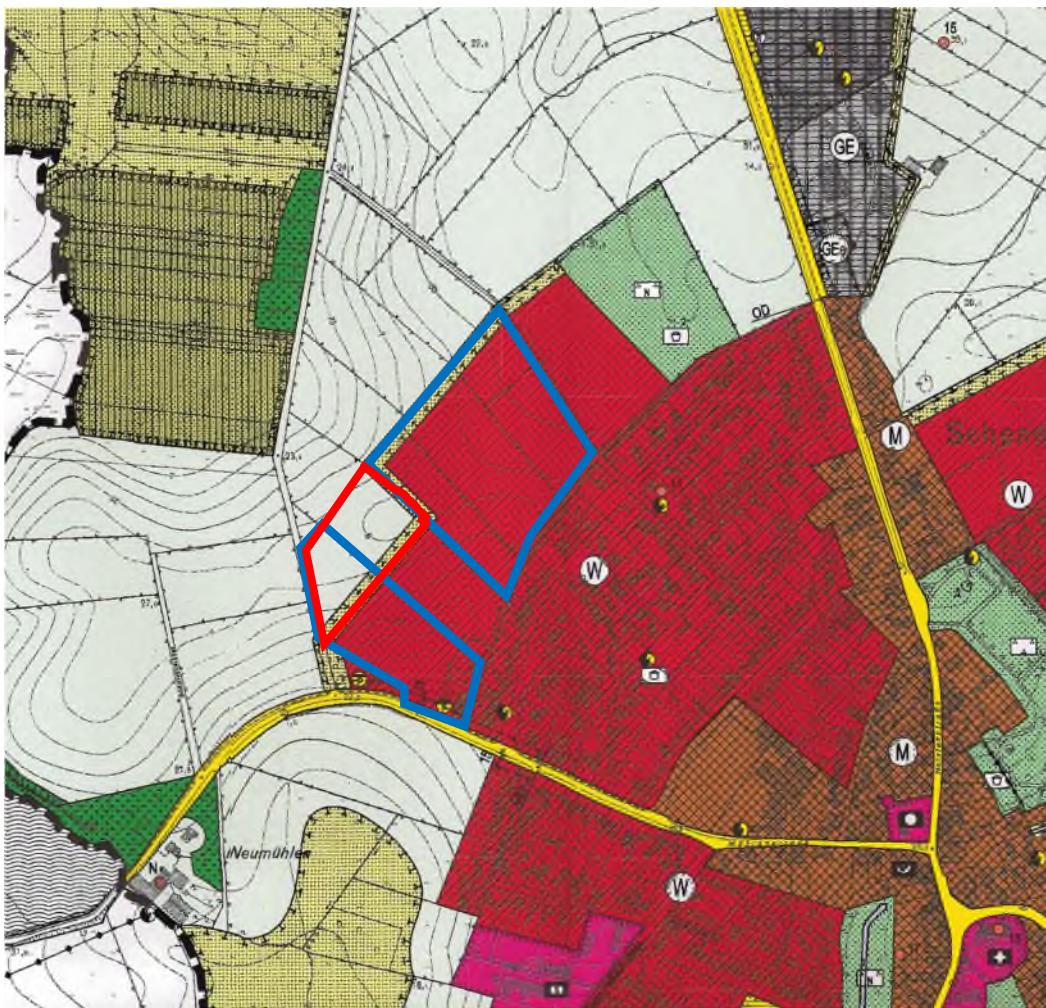


Abb. 4: Ausschnitt aus dem Flächennutzungsplan der Gemeinde Schenefeld mit den Plangebiet der 10. FNP-Änderung (rot) und der B-Pläne 32 und 34 (blau), ohne Maßstab

1.5 Wohnraumbedarf, Innenentwicklung

Die Gemeinde Schenefeld ist ein ländlicher Zentralort im Kreis Steinburg mit 2.734 Einwohnern (Stand 31.12.2022, Quelle Statistikamt Nord). Die Gemeinde verfügt über eine

gute Ausstattung mit Einrichtungen der Daseinsvorsorge, über Bildungseinrichtungen (z.B. Grund- und Gemeinschaftsschule) und medizinische Grundversorgung.

Die Gemeinde liegt ca. 10 km nördlich des Mittelzentrums Itzehoe, eine Autobahnanschlussstelle der A 23 ist ca. 3 km entfernt, durch die Gemeinde verläuft die B 430 Richtung Neumünster.

Der Bevölkerungsstand in Schenefeld ist über die letzten 20 Jahre insgesamt weitgehend konstant geblieben. Nach einem Rückgang bis 2012 ist die Zahl bis 2021 wieder leicht über das Niveau von 2000 gestiegen. Der Zuwachs von 2012 bis 2020 betrug etwa 7 %.

Die Bevölkerungsentwicklung Schenefelds resultiert insgesamt aus Wanderungsgewinnen, die die stetig negative natürliche Bevölkerungsentwicklung (mehr Sterbefälle als Geburten) ausgleicht. Die Altersverteilung der Bevölkerung verschiebt sich – wie in den meisten Gemeinden – tendenziell zugunsten älterer Gruppen.

Aus den statistischen Daten und vorliegenden Prognosen zur kurz- bis mittelfristigen Entwicklung ergeben sich Folgerungen für den zukünftigen Wohnraumbedarf. Eine ausführlichere Herleitung und Abschätzung dieses Bedarfs ist den Planunterlagen beigelegt (s. **Anhang 1**).

Zusammenfassend ist es angesichts der bisher dargestellten Tendenzen realistisch, von einem Bedarf von ca. 90-110 neuen Wohnungen in den nächsten 10 Jahren in Schenefeld auszugehen, davon noch ca. 50-60 im Einfamilienhausbau (bei tendenziell reduzierten Flächen). Je nach Entwicklungsmöglichkeiten und Bedarfen der umliegenden Gemeinden im Verflechtungsbereich können diese Zahlen auch höher ausfallen.

Wie bereits erwähnt, müssen zur Siedlungsentwicklung zunächst Innenentwicklungspotentiale genutzt werden, um die Neuinanspruchnahme bisher unbebauter Flächen zu verringern. Um dies zu prüfen, wurde eine Baulücken- und Innenentwicklungsanalyse für Schenefeld erstellt, die ebenfalls in Anhang 1 ausführlicher dargestellt ist.

Als Baulücken bzw. kurzfristig umsetzbare Potentiale für Wohnbebauung im Einfamilienhausbau stehen demnach nach der vorliegenden Ermittlung acht Grundstücke in Schenefeld zur Verfügung.

Im Hinblick auf den oben dargestellten Wohnraumbedarf verbleiben demnach ca. 40-50 Wohneinheiten in diesem Segment, die in einem kurz- bis mittelfristigen Planungszeitraum von ca. 10 Jahren auf weiteren Flächen gedeckt werden können, zusätzlich zu weiteren ca. 40-50 Wohneinheiten in anderen Bauformen (Geschosswohnungsbau).

1.6 Standortalternativenprüfung

Nach Klärung der Innenentwicklungspotentiale, die für eine Wohnbauentwicklung in Schenefeld zur Verfügung stehen, stellt sich die Frage, auf welchen Flächen der verbleibende Bedarf aus städtebaulicher Sicht am besten realisiert werden kann. Dafür wurde die Innenentwicklungsanalyse um eine Standortalternativenbetrachtung erweitert (ebenfalls in Anhang 1 enthalten). In diesem Zuge wurden acht Außenbereichsflächen in Angliederung an die bestehende Ortslage aufgenommen und städtebaulich bewertet. Berücksichtigt wurden dabei auch fachplanerische und raumordnerische Vorgaben und Ausweisungen sowie die derzeitige Nutzung und die Umgebung. Im Ergebnis wurde der Bereich der vorliegenden

Plangebiete der Bebauungspläne Nr. 32 und Nr. 34 als der am besten für die Siedlungsentwicklung geeignete Flächenkomplex bewertet.

Langfristig soll in einem späteren Planungsschritt auch die Fläche zwischen den beiden Teilgebieten im Lückenschluss mit Wohnbebauung überplant werden, so dass ein integriertes Gesamtgebiet entsteht. Die Umsetzung dieser weiteren Planung ist jedoch von der weiteren Bedarfsentwicklung abhängig.

2. Planinhalte

2.1 Art der baulichen Nutzung

Entsprechend den im Kap. 1.1 genannten Planungszielen – insbesondere der bedarfsgerechten Versorgung der Gemeinde Schenefeld mit Wohnraum entsprechend ihrer Funktion als Schwerpunkt der Wohnungsbauentwicklung - wird die Plangebietsfläche zum größten Teil als **Wohnbaufläche (W)** gem. § 1 Abs. 1 Nr. 1 Baunutzungsverordnung (BauNVO) dargestellt. Damit wird die bereits bestehende Wohnbaufläche städtebaulich sinnvoll und bedarfsgerecht arrondiert (s.a. Abb. 4 Kap. 1.4).

Die Gemeinde beabsichtigt, auf den Wohnbauflächen in diesem Bereich in erster Linie Ein- und Zweifamilienhausbau in standortgerechter, ortsangemessener Bauweise zuzulassen, wobei die Bebauung im Vergleich zur angrenzenden Wohnbebauung in etwas verdichteter Form mit höherer Grundstücksausnutzung (bzw. kleineren Grundstücken) erfolgen soll, um dem Grundsatz der Flächensparsamkeit Rechnung zu tragen. Wohnbauentwicklung in anderen Bauformen (z.B. Mehrfamilienhäuser) soll in Teilbereichen auch ermöglicht werden, auch wenn der zunehmende Bedarf an kleineren Wohnungen konzeptionell eher in zentraleren Lagen der Gemeinde gedeckt werden soll, um besser an die dortige Versorgungsinfrastruktur anzubinden. Die parallel aufgestellten Bebauungspläne Nr. 32 und Nr. 34 konkretisieren dies für einen Großteil der noch nicht bebauten Wohnbauflächen am Ortsrand, die als zukünftiges Wohnraumpotential im FNP vorgesehen waren. Die vorliegende Arrondierung durch Schließen einer ca. 1,3 ha großen „Lücke“ in der bisherigen Darstellung unterstützt die bedarfsgerechte Entwicklung.

2.2 Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

An der von der Ortslage abgewandten „Außenseite“ der dargestellten Bauflächen wird ein Streifen als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft dargestellt, um dort eine Ortsrandeingrünung sicherzustellen, die die Eingriffe in das Landschaftsbild durch die Neubebauung der Flächen vermindert. Dies ist auch im bestehenden Flächennutzungsplan so vorgesehen und wird nun örtlich der neuen Darstellung angepasst. Hier sollen neue Gehölzpflanzungen vorgesehen werden (Feldgehölze/-hecken oder Knicks), die die Bebauung weitgehend abschirmen. Die Konkretisierung der Maßnahmen und ihre Sicherung erfolgt auf der Ebene der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung.

2.3 Erschließung

Die im Plangebiet neu dargestellten Wohnbauflächen sind im Zusammenhang mit den bereits im Flächennutzungsplan dargestellten direkt angrenzenden Bauflächen zu sehen und werden gemeinsam mit diesen entwickelt. Die Erschließung des gesamten Flächenkomplexes kann von der Mühlenstraße, dem Soothweg und/oder dem Moorlandsweg erfolgen. Die technische Ver- und Entsorgung muss anhand der konkreten Bedarfe und Festsetzungen auf den nachfolgenden Planungsebenen ausgearbeitet und mit den zuständigen Stellen abgestimmt werden. Es sind jedoch keine Aspekte ersichtlich, die einer zukünftigen Bebauung grundsätzlich entgegenstehen und diese ausschließen könnten.

2.8 Hinweise und Nachrichtliche Übernahmen

Denkmalschutz

Die Plangebietsflächen liegen im Bereich eines archäologischen Interessengebiets. Es wird daher auf § 15 DSchG verwiesen: Wer Kulturdenkmale entdeckt oder findet, hat dies unverzüglich unmittelbar oder über die Gemeinde dem Archäologischen Landesamt mitzuteilen. Die Verpflichtung besteht ferner für die Eigentümerin oder den Eigentümer und die Besitzerin oder den Besitzer des Grundstücks, auf oder in dem der Fundort liegt, und für die Leiterin oder den Leiter der Arbeiten, die zur Entdeckung oder zu dem Fund geführt haben. Die für den Fund Verantwortlichen haben das Kulturdenkmal und die Fundstätte in unverändertem Zustand zu erhalten, soweit es ohne erhebliche Nachteile oder Aufwendungen von Kosten geschehen kann. Diese Verpflichtung erlischt spätestens nach Ablauf von vier Wochen seit der Mitteilung. Archäologische Kulturdenkmale sind nicht nur Funde, sondern auch dingliche Zeugnisse wie Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit.

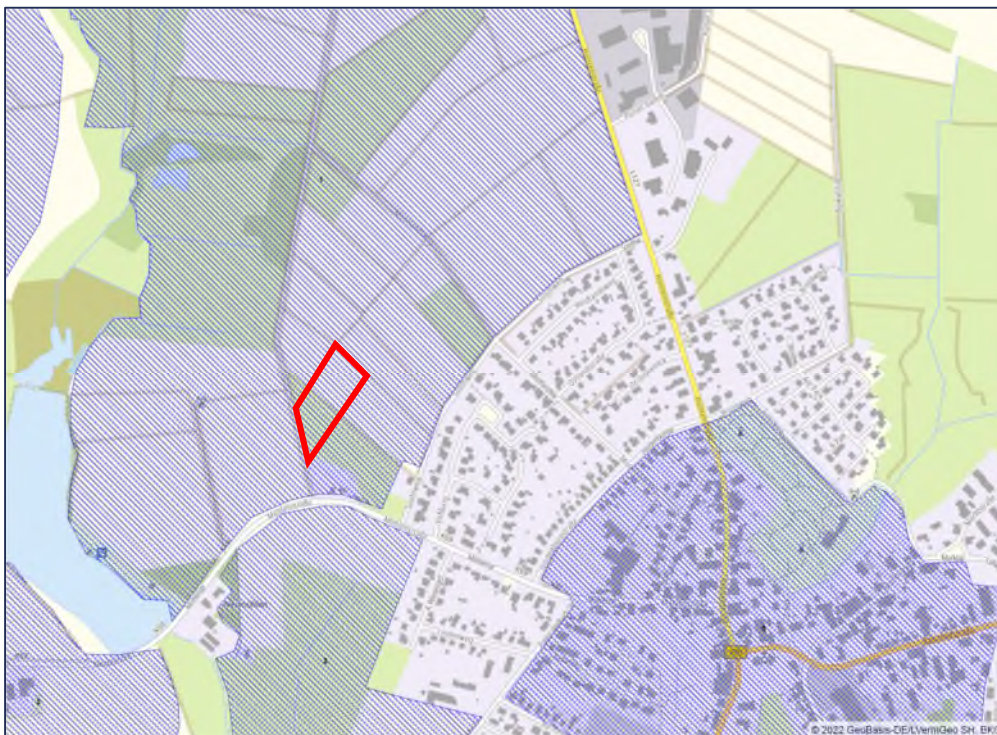


Abb. 5: Plangebiet innerhalb des Archäologischen Interessengebietes (blau schraffiert). Quelle: Digitalatlas Nord, Zugriff: November 2022, ohne Maßstab

Da die Flächennutzungsplanung noch keine konkreten Maßnahmen zulässt, können weitere Untersuchungen und Abstimmungen auf die nachfolgende Planungsebene verlagert werden. In den Geltungsbereichen der Bebauungspläne 32 und 34 wird nach derzeitigem Stand eine Voruntersuchung stattfinden, die mit dem Archäologischen Landesamt abgestimmt wird.

Trinkwassergewinnungsgebiet

Schenefeld liegt innerhalb des Trinkwassergewinnungsgebiets Wacken-Pöschendorf. Beschränkungen für oder Gefährdungen durch die vorgesehene Planung bestehen nicht.

3. Naturschutz/Eingriffsregelung

Relevant aus Sicht des Natur- und Umweltschutzes sind zunächst fachrechtliche Bestimmungen. Gemäß § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) gelten Zugriffsverbote bezüglich besonders und streng geschützter Arten. Dies umfasst sowohl den Individuenschutz als auch den Schutz von Fortpflanzungs- und Ruhestätten sowie Störungen während empfindlicher Zeiträume. Durch die Umsetzung der Planung können gehölzbrütende und bodenbrütende Vogelarten betroffen werden. Daher sind folgende artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahmen zu beachten:

Ausschlussfrist für Gehölzbeseitigung: Bei der Beseitigung von Gehölzen im Zuge der Knickrodungen ist die gesetzlich vorgeschriebene Ausschlussfrist für Gehölzbeseitigung zu berücksichtigen, um die Tötung und Verletzung potenziell anwesender Brutvögel sowie deren Gelege und Jungvögel zu vermeiden. Das Entfernen von Bäumen, Hecken und anderen Gehölzen ist gemäß § 39 (5) Nr. 2 BNatSchG in der Zeit vom 1. März bis 30. September verboten.

Bauzeitenregelung: Die Baufeldräumung zur Herstellung der Erschließungsstraßen und Bauflächen muss im Zeitraum zwischen 1. Oktober und Ende Februar erfolgen. Dieser Zeitraum liegt außerhalb der Brut- und Aufzuchtzeit der Jungtiere der potenziell betroffenen Vogelarten.

Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass die Verbotstatbestände des § 44 Bundesnaturschutzgesetz zum Artenschutz bei Beachtung der oben genannten Vermeidungsmaßnahmen nicht berührt werden. Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (§ 44 (5) BNatSchG) werden nicht erforderlich (s.a. Kap. 4.3.2.4 im Umweltbericht).

Gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 BNatSchG i.V.m. § 21 Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) kommen im Geltungsbereich in Form der umgebenden Knicks vor. Diese sollen jedoch weitgehend erhalten werden. Lediglich durch Straßendurchbrüche müssen in einer auf der Ebene der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung zu ermittelnden Länge Knickteile entfernt werden. Diese müssen im Verhältnis 1:2 ausgeglichen werden. Die Entfernung darf nur auf vorherige Genehmigung der unteren Naturschutzbehörde hin erfolgen.

Förmliche Schutzgebiete sind durch die Planung nicht betroffen.

Durch die Umsetzung der Bauleitplanung wird eine Bebauung und Versiegelung bisher un bebauter landwirtschaftlicher Fläche ermöglicht. Für die dadurch nach Durchführung von

Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen verbleibenden Eingriffe ist ein naturschutzrechtlicher Ausgleich notwendig. Die Darstellung der Maßnahmen und die exakte Berechnung erfolgt auf der Ebene der nachfolgenden Bebauungspläne anhand der dort erst konkretisierten Festsetzungen.

4. Umweltbericht

Gemäß § 2 (4) Baugesetzbuch (BauGB) sind die Gemeinden verpflichtet, für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 (6) Nr. 7 und § 1 a BauGB eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt werden und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden.

4.1 Inhalte und Ziele des Bebauungsplanes

4.1.1 Angaben zum Standort

Der Geltungsbereich der 10. Flächennutzungsplan-Änderung ist ca. 1,3 ha groß. Das Plangebiet befindet sich nordwestlich der Ortslage Schenefeld und liegt zwischen Moorlandsweg, Soothweg und Mühlenstraße. Das Ortszentrum ist ca. 850 m entfernt.

Im Rahmen der Bauflächenanalyse wurde das Gebiet um den Geltungsbereich als eine der geeigneten Flächen identifiziert aufgrund guter Erschließungsmöglichkeiten, einer im Vergleich raumverträglichen Lage, der kurzen Wege zu zentralen Einrichtungen des Ortes und der Tatsache, dass weite Teile bereits im FNP als Baufläche vorgesehen waren (vgl. Kap. 1.6 „Standortalternativenprüfung“).

4.1.2 Art des Vorhabens und Festsetzungen

Im Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung ist die Realisierung von Wohnbauflächen (W) geplant.

Die Gemeinde beabsichtigt, auf den Flächen in erster Linie Ein- und Zweifamilienhausbau in standortgerechter, ortsangemessener Bauweise zuzulassen. Die Gestaltung und das Ausmaß der Bebauung soll über Festsetzungen in nachfolgenden Bebauungsplänen eingegrenzt werden.

Die Baugebiete können über die umliegenden Straßen (hier v.a. die Mühlenstraße) an das öffentliche Verkehrsnetz angebunden werden.

Die das Baugebiet umschließenden Knicks innerhalb des Plangebietes sollen weitgehend erhalten bleiben mit einem 3 m breiten Schutzstreifen, der als öffentlicher Grünstreifen angelegt wird. Für die geplante Verkehrsführung müssen voraussichtlich Knickstücke beseitigt werden, wobei im Gegenzug bestehende landwirtschaftliche Zufahrten geschlossen werden können. Die genaue Länge der Knickeingriffe wird in den nachfolgenden Bebauungsplanverfahren ermittelt. Dort werden auch Festsetzungen zum Schutz und zur Erhaltung und Pflege von Knicks zum Anpflanzen und Erhalten von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Grünflächen getroffen.

4.2 Umweltschutzziele aus übergeordneten Fachgesetzen und Fachplanungen

Fachgesetze und -verordnungen

Für das Bauleitplanverfahren ist das Baugesetzbuch (BauGB) vom 3. November 2017, zuletzt geändert am 26.04.2022, zu beachten. Darin sind insbesondere § 1 (6) Nr. 7, § 1 a, § 2 (4)

sowie § 2 a BauGB bezüglich Eingriffsregelung und Umweltprüfung relevant. Es wird daher ein Umweltbericht als Teil der Begründung erstellt.

Für die einzelnen Belange des Umweltschutzes gemäß § 1 (6) Nr. 7 BauGB werden im Folgenden die in den Fachgesetzen und Fachplanungen festgelegten Ziele des Umweltschutzes dargestellt sowie die Art, wie diese im Bauleitplan berücksichtigt wurden.

Die auf Ebene der Europäischen Union bestehenden, in Gesetzen niedergelegten Ziele sind in nationales Recht übernommen worden und entsprechend in Bundesgesetzen festgelegt. Die Umweltschutzziele auf kommunaler Ebene sind in den Fachplänen Landschaftsrahmenplan und Landschaftsplan festgelegt.

4.2.1 Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt

Gesetzliche Vorgaben

In § 1 (2) des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) sind allgemeine Anforderungen zur Sicherung der biologischen Vielfalt benannt:

"Zur dauerhaften Sicherung der biologischen Vielfalt sind entsprechend dem jeweiligen Gefährdungsgrad insbesondere eine lebensfähige Population wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensräume zu erhalten und der Austausch zwischen den Populationen sowie Wanderungen und Wiederbesiedlungen zu ermöglichen."

Darüber hinaus heißt es im § 1 (3) Nr. 5 BNatSchG:

"Zur dauerhaften Sicherung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts sind insbesondere wild lebende Tiere und Pflanzen, ihre Lebensgemeinschaften sowie ihre Biotope und Lebensstätten auch im Hinblick auf ihre jeweiligen Funktionen im Naturhaushalt zu erhalten."

Diese Ziele wurden insbesondere berücksichtigt durch:

- Inanspruchnahme von Flächen mit geringer bis allgemeiner Bedeutung für den Naturschutz,
- Ausgleichsmaßnahmen für Inanspruchnahme von Freiflächen,
- Weitgehende Erhaltung der vorhandenen Knicks,
- Berücksichtigung der artenschutzrechtlichen Vorschriften des § 44 BNatSchG.

4.2.2 Natura 2000 -Gebiete

Gesetzliche Vorgaben

Der § 31 des BNatSchG nennt die Verpflichtungen des Bundes und der Länder zum Aufbau und Schutz des zusammenhängenden europäischen ökologischen Netzes "Natura 2000". Dieses besteht aus FFH-Gebieten gemäß Richtlinie 92/43/EWG sowie Vogelschutzgebieten gemäß Richtlinie 79/409/EWG.

Nach § 34 (1) des BNatSchG bedeutet dies für Planungen und Projekte:

"Projekte sind vor ihrer Zulassung oder Durchführung auf ihre Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen eines Natura 2000-Gebiets zu überprüfen, wenn sie (...) geeignet sind, das Gebiet erheblich zu beeinträchtigen."

Berücksichtigung:

- Gebiete des europäischen Schutzgebietsnetzes Natura 2000 sind durch die Planung nicht betroffen.

4.2.3 Boden/ Fläche

Gesetzliche Vorgaben

Als Grundsatz der Bauleitplanung legt § 1 (5) des Baugesetzbuches fest:

"Mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden; dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen (...) Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen."

Das BNatSchG stellt den Bodenschutz im § 1 (3) Nr. 2 wie folgt dar:

"Zur dauerhaften Sicherung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts sind insbesondere Böden so zu erhalten, dass sie ihre Funktionen im Naturhaushalt erfüllen können."

Das Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) stellt den Bodenschutz im § 4 (1) Nr. 1 wie folgt dar:

"Jeder, der auf den Boden einwirkt, hat sich so zu verhalten, dass schädliche Bodenveränderungen nicht hervorgerufen werden."

Diese Ziele wurden insbesondere berücksichtigt durch:

- Vor der planerischen Entscheidung für den Standort wurden Standortalternativen geprüft,
- Maßnahmen zum vorsorgenden Bodenschutz werden bei der baulichen Umsetzung ergriffen,
- Die Inanspruchnahme von Freifläche und der Grad der möglichen Überbauung und Versiegelung über die Grundflächenzahl werden im nachfolgenden Bebauungsplan an dem erforderlichen Umfang orientiert und eng begrenzt festgesetzt.

4.2.4 Wasser

Gesetzliche Vorgaben

Zielvorgaben werden durch das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vorgegeben. In den unter § 5 WHG aufgeführten allgemeinen Sorgfaltspflichten heißt es:

„(1) Jede Person ist verpflichtet, bei Maßnahmen, mit denen Einwirkungen auf ein Gewässer verbunden sein können, die nach den Umständen erforderliche Sorgfalt anzuwenden, um

- 1. eine nachteilige Veränderung der Gewässereigenschaften zu vermeiden,*
- 2. eine mit Rücksicht auf den Wasserhaushalt gebotene sparsame Verwendung des Wassers sicherzustellen,*
- 3. die Leistungsfähigkeit des Wasserhaushalts zu erhalten und*
- 4. eine Vergrößerung und Beschleunigung des Wasserabflusses zu vermeiden.“*

Diese Ziele wurden insbesondere berücksichtigt durch:

- Bestehende Oberflächengewässer sind durch die Planung nicht betroffen,
- Anfallendes Niederschlagswasser wird auf den Grundstücken versickert.

4.2.5 Klima / Luft

Gesetzliche Vorgaben

Zielvorgaben nach § 1 (3) Nr. 4 BNatSchG sind:

"Zur dauerhaften Sicherung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts sind insbesondere 4. Luft und Klima auch durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu schützen (...); dem Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung insbesondere durch zunehmende Nutzung erneuerbarer Energien kommt eine besondere Bedeutung zu.“

Diese Ziele wurden insbesondere berücksichtigt durch:

- Zur Erhaltung der Verdunstungsfähigkeit von Bodenfläche wird im nachfolgenden Bebauungsplan der Grad der möglichen Versiegelung über die Grundflächenzahl an dem erforderlichen Umfang orientiert und eng begrenzt festgesetzt.
- Durch Neupflanzung von Bäumen entlang der Straße und größtmöglichen Erhalt der Knicks im Plangebiet (geregelt über die Festsetzungen des nachfolgenden Bebauungsplans) werden beschattete Bereiche geschaffen und die kleinklimatischen Auswirkungen starker Sonneneinstrahlung, u.a. der zu starken Erwärmung und der Verringerung der Luftfeuchtigkeit, vermindert.

4.2.6 Landschaft

Gesetzliche Vorgaben

Nach § 1 (4) BNatSchG sowie § 1 LNatSchG sind im besiedelten und unbesiedelten Bereich *"die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft"* auf Dauer zu sichern.

Diese Ziele wurden insbesondere berücksichtigt durch:

- Zur Begrenzung der Auswirkungen auf das Landschaftsbild werden im nachfolgenden Bebauungsplan eingriffsmindernde Maßnahmen vorgesehen, wie die Höhenbegrenzung baulicher Anlagen und die Erhaltung von Knicks als prägende Landschaftsbestandteile,
- durch Gestaltungsvorschriften im nachfolgenden Bebauungsplan sind Vorgärten als lebende Gärten mit Bepflanzung und / oder Rasen anzulegen.

4.2.7 Mensch und Gesundheitsschutz**Gesetzliche Vorgaben**

Nach § 50 BImSchG sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen auf ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienende Gebiete sowie auf sonstige schutzbedürftige Gebiete so weit wie möglich vermieden werden. Maßgeblich für die Bewertung der Lärmbelästigung in der Bauleitplanung ist die DIN 18005 „Schallschutz im Städtebau“ und die TA Lärm. Für die Bewertung der Geruchsbelästigung ist die Geruchsimmissions-Richtlinie – GIRL und die TA Lärm maßgebend.

Diese Ziele wurden insbesondere berücksichtigt durch:

- Beachtung der gesetzlichen Vorgaben und Richtlinien.

4.2.8 Kultur- und sonstige Sachgüter

Als Kulturgüter sind Denkmale zu berücksichtigen (siehe **Kap. 3.7**).

Gesetzliche Vorgaben

Nach § 1 DSchG Schleswig-Holstein dienen Denkmalschutz und Denkmalpflege „*dem Schutz, der Erhaltung und der Pflege der kulturellen Lebensgrundlagen. (...) Mit diesen Kulturgütern ist im Rahmen einer nachhaltigen Ressourcennutzung schonend und werterhaltend umzugehen.*“

Berücksichtigung:

- Auswirkungen auf archäologische Kulturdenkmale oder Baudenkmale werden untersucht und berücksichtigt.

4.2.9 Fachplanungen**Landschaftsrahmenplan:**

Dem Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum III (Stand Januar 2020, Hauptkarte 1, Blatt 1) ist zu entnehmen, dass sich das Plangebiet innerhalb eines Trinkwassergewinnungsgebiet (Wacken-Pöschendorf) befindet. Zu beachtende Schutzvorschriften ergeben sich dadurch jedoch nicht.

Die Gemeinde Schenefeld ist ein "Gebiet mit besonderer Erholungseignung" sowie in einer „Knicklandschaft“. Weiter nördlich und westlich gelegene Flächen erfüllen die Voraussetzungen für die Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet (siehe Karte 2 LRP).

Etwa 200 m westlich des Plangebietes liegt um die Niederungsflächen der Mühlenau ein Schwerpunktbereich des landesweiten Biotopverbundsystems, das sich ca. 500 m südlich des Plangebiets in einer Nebenverbundachse fortsetzt. Innerhalb des Schwerpunktbereichs befinden sich auch mehrere Kompensationsflächen für in der Vergangenheit erfolgte Eingriffe.

Die Karte 3 des Landschaftsrahmenplans zeigt für das Plangebiet keine Darstellungen.

Das Plangebiet liegt außerhalb von Schutzgebieten (gem. BNatSchG/ LNatSchG), von Kompensationsflächen und außerhalb von maßgeblichen Wiesenvogelbrutgebieten.

Weitere Schutz- oder Funktionsgebiete sind in der Umgebung des Plangebiets nicht vorhanden.

Im Landschaftsplan der Gemeinde Schenefeld (Stand: 2006) sind die Flächen des Plangebietes zusammen mit den übrigen im FNP als Bauflächen ausgewiesenen Gebieten als „Flächen, auf denen Eingriffe in Natur und Landschaft am geringsten beeinträchtigen“ dargestellt (s. Abb. 7). Parallel zum Wirtschaftsweg an der Westgrenze des Plangebiets verläuft eine grobe „Abgrenzung baulicher Entwicklung“, die grundsätzlich eingehalten wird. Die Knicks im Plangebiet und an den Rändern sind überwiegend als geringwertig eingestuft (III) und es wird zur Stärkung des lokalen Biotopverbunds eine Lückenbepflanzung empfohlen.

Knicks sind nach § 30 BNatSchG i.V.m. § 21 Abs. 1 Nr. 4 LNatSchG geschützt.

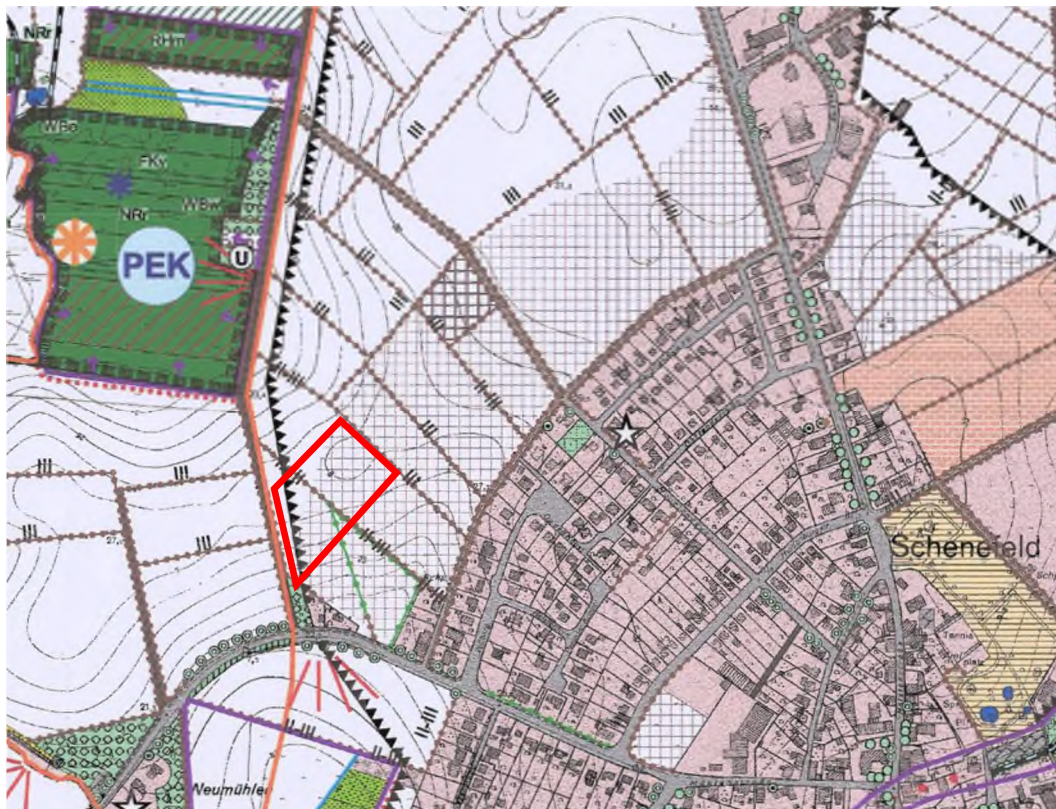


Abb. 7: Auszug aus dem Maßnahmenplan, Landschaftsplan Schenefeld, ohne Maßstab

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die vorliegende Planung nicht im Widerspruch zu Zielaussagen und Maßnahmandarstellungen des gültigen Landschaftsplans steht.

4.3 Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen

Zur Ermittlung der Umweltauswirkungen der Planung wird auf Basis des Landschaftsrahmenplanes, des Landschaftsplanes und weiterer umweltbezogener Informationen sowie mehrerer Ortsbegehungen im Frühjahr 2023, eine schutzgutbezogene Bestandsaufnahme durchgeführt, die wesentlichen Auswirkungen der Planung beschrieben und hinsichtlich ihrer Erheblichkeit bewertet.

Zunächst werden die einzelnen Wirkfaktoren des Vorhabens dargestellt. Dies dient als Rahmen für die Bewertung der Umweltschutzgüter im Bestand und die Prognose der Umweltauswirkungen in jedem Schutzgut, die in den anschließenden Kapiteln vorgenommen werden.

4.3.1 Die Wirkfaktoren des Vorhabens

Durch die 10. Flächennutzungsplan-Änderung der Gemeinde Schenefeld werden Wohnbauflächen auf einer bisher landwirtschaftlich genutzten Fläche ausgewiesen.

Von diesem Vorhaben gehen vielfältige Wirkungen, nachfolgend Wirkfaktoren genannt, aus, die positive und negative Auswirkungen auf die Schutzgüter haben können. Um diese Auswirkungen ermitteln und beschreiben zu können, muss der Ist-Zustand der Schutzgüter jeweils zu den Wirkfaktoren des Vorhabens in Beziehung gesetzt werden.

Die Wirkungskette kann wie folgt veranschaulicht werden:

Vorhaben => Wirkfaktoren => Schutzgüter => Auswirkungen

An dieser Stelle werden deshalb erst einmal die verschiedenen Wirkfaktoren des Vorhabens dargestellt. Diese Darstellung orientiert sich an der Aufzählung aa) bis hh) der Anlage 1 zu § 2 (4) und § 2 a Satz 2 Nummer 2 BauGB. Gleichzeitig wird – soweit möglich – verdeutlicht, auf welche Schutzgüter die Faktoren in erster Linie wirken.

Wirkfaktoren aa) infolge des Baus und des Vorhandenseins des geplanten Vorhabens und bb) infolge der Nutzung natürlicher Ressourcen.

Die Realisierung des geplanten Vorhabens führt zu temporären und dauerhaften Wirkungen sowie zu einer temporären und dauerhaften Nutzung natürlicher Ressourcen. Temporäre Wirkungen sind zumeist auf die Bauphase beschränkt, während dauerhafte Wirkungen sowohl von dem Vorhandensein des Vorhabens als auch von seinem Betrieb ausgehen.

Die Wirkfaktoren des Vorhabens und die damit verbundene Nutzung natürlicher Ressourcen sowie die potenziell betroffenen Schutzgüter werden in der folgenden Tabelle 2 zusammengetragen.

<i>Anlagebedingte Wirkfaktoren</i>	<i>Betroffenes Schutzgut</i>
Flächeninanspruchnahme	Biotope, Tiere und Pflanzen Fläche
Versiegelung	Biotope, Tiere und Pflanzen Boden, Wasser
<i>Baubedingte Wirkfaktoren</i>	<i>Betroffenes Schutzgut</i>
Lärm- und Staubemissionen	Mensch und Gesundheit Biotope, Tiere und Pflanzen
Beeinträchtigungen von Knicks	Biotope, Tiere und Pflanzen
<i>Betriebsbedingte Wirkfaktoren</i>	<i>Betroffenes Schutzgut</i>
Erhöhtes Verkehrsaufkommen	Mensch und Gesundheit Tiere
Lärm- und Lichtemissionen	Mensch und Gesundheit Biotope, Tiere und Pflanzen
Zunahme von Bewegungen von Menschen	Biotope, Tiere und Pflanzen

Tabelle 2: Wirkfaktoren des Vorhabens**cc) Art und Menge an Emissionen von Schadstoffen, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme und Strahlung sowie der Verursachung von Belästigungen**

Aufgrund des Charakters der Planung (Nutzung als Wohngebiet) ist mit erheblichen Emissionen von Schadstoffen oder Strahlung nicht zu rechnen. Eine erhebliche Belästigung durch weitere Emissionen wie z. B. Lärm und Staub kann zeitlich begrenzt durch Baumaßnahmen entstehen. Schallemissionen beim Betrieb werden im nicht im erheblichen Bereich liegen.

dd) Art und Menge der erzeugten Abfälle und ihrer Beseitigung und Verwertung

Abfälle fallen in der Bau- und in der Betriebsphase des Vorhabens an. Hierbei wird es sich bei Art und Menge um übliche Abfälle von Baumaßnahmen und von Haushalten handeln. Hier sind keine Wirkungen zu erwarten, da für die Abfälle vorgegebene Entsorgungswege bestehen. Die Abfallentsorgung über die Satzung des Kreises geregelt und durch die Schmutzwasserentsorgung sind keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten.

ee) Risiken für die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt durch Unfälle oder Katastrophen

Das Plangebiet befindet sich nicht im Umkreis von Betriebsbereichen, die der Störfall-Verordnung nach der 12. BImSchV (Zwölfte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes) unterfallen. Für das im Bebauungsplan geplante Vorhaben sind daher keine Auswirkungen aufgrund der Anfälligkeit für schwere Unfälle oder Katastrophen zu erwarten.

Von dem Vorhaben selbst gehen keine Wirkungen aus, die gravierende Risiken für die o. a. Schutzgüter verursachen können.

ff) Kumulierung mit den Auswirkungen von Vorhaben benachbarter Plangebiete

Auswirkungen der Planung auf Natura 2000-Gebiete sind nicht zu erwarten, da in einem ausreichenden Abstand zum Plangebiet keine Natura 2000-Gebiete liegen.

In Verbindung mit angrenzenden Planungen könnten sich theoretisch die sehr begrenzten Beeinflussungen der Umwelt kumulieren und dadurch zu erheblichen Auswirkungen auf verschiedene Schutzgüter führen. Entsprechende Planungen werden jedoch von der Gemeinde Schenefeld nicht verfolgt und Planungen anderer in dieser Hinsicht, die zu solchen Kumulierungseffekten führen könnten, sind nicht bekannt.

gg) Auswirkungen der geplanten Vorhaben auf das Klima und der Anfälligkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels

Die messbaren Auswirkungen des Vorhabens auf das Klima werden sich nur kleinräumig auf das Mikroklima auswirken.

Klimaschädliche Emissionen werden durch die allgemeinen gesetzlichen Regelungen auf ein technisch vertretbares Maß reduziert. Darüber hinaus reichende erhebliche Auswirkungen auf das Klima sind nicht erkennbar.

Die Anfälligkeit des Vorhabens auf die Folgen des Klimawandels, wie beispielsweise die erhöhte Sonneneinstrahlung und infolgedessen besondere Erwärmung von Flächen im Plangebiet wird bei Umsetzung der Planung nicht wesentlich erhöht, da ausreichend unversiegelte Fläche verbleibt und durch Baum- und weitere Gehölzpflanzungen im Plangebiet Verdunstungseffekte und Beschattung gefördert werden, die positiv auf das Kleinklima einwirken.

hh) Eingesetzte Techniken und Stoffe

Die bei dem Vorhaben voraussichtlich zum Einsatz kommenden Techniken und Stoffe entsprechen dem Stand der Technik und werden üblicherweise durch gesetzliche Vorgaben geregelt. Hier sind keine gravierenden Wirkungen zu erwarten.

4.3.2 Schutzgut Biotop, Tiere und Pflanzen**4.3.2.1 Bestand Biotoptypen**

Der Bestand an Biotoptypen im Plangebiet wird im Folgenden auf Grundlage einer Biotoptypenkartierung durch eine Ortsbegehung im Frühjahr 2023 beschrieben.

Bezeichnung und Code der Biotoptypen orientieren sich an der „Kartieranleitung und Biotoptypenschlüssel für die Biotopkartierung Schleswig-Holstein“ Hrsg. LLUR, 5. Fassung Stand März 2019.

Der Bestand an Biotoptypen im Plangebiet der Bauleitplanung wird auch in der Biotoptypenkarte (siehe **Abbildung 8**) dargestellt. Folgende Biotop wurden kartiert:

AAy Intensivacker

GA Artenarmes Wirtschaftsgrünland

Intensive Mähwiese

SVu unversiegelte Verkehrsfläche

SVs vollversiegelte Verkehrsfläche

SG Grünflächen im besiedelten Bereich (Gärten)

HWy § Typischer Knick

Knick mit heimischen Gehölzen in gutem Pflegezustand findet sich nur abschnittsweise an den Rändern des Plangebiets sowie zwischen Acker- und Grünlandfläche

HWb § Durchwachsener Knick

Auf einigen der nur vereinzelt gehölzbestandenen Knicks vor allem in der westlichen Hälfte des Plangebiets stehen heimische Gehölze, die nicht regelmäßig auf den Stock gesetzt wurden und daher überwiegend ausgewachsene Bäume/ Überhälter sind.

Angrenzend an das Plangebiet befinden sich im Norden, Westen, Osten und Südosten Ackerflächen (AAy), im Südwesten Grünland (GA).



Abb. 8: Biotoptypen im Plangebiet des Bebauungsplans Nr. 34

Die Fläche des Plangebietes wird landwirtschaftlich intensiv genutzt. Sie ist von Knicks gesäumt.

Im Süden ist eine Baumreihe mit Linden vorhanden, im Südosten außerhalb des Plangebiets ein eng gepflanztes Gehölz mit Linden und Ahorn, am Soothweg ein bebautes Grundstück. Im

Süden grenzen zwei weitere bebaute Grundstücke an den Geltungsbereich an, im Westen ein Wirtschaftsweg.

Das Plangebiet hat insgesamt allgemeine Bedeutung für den Naturschutz im Sinne des „Runderlasses zum Verhältnis der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung zum Baurecht“ (Gemeinsamer Runderlass des Innenministeriums und des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume vom 9. Dezember 2013).

Die Knicks sind naturschutzrechtlich geschützt (§ 30 BNatSchG i.V.m. § 21 Abs. 1 Nr. 4 LNatSchG) und in ihrer Biotopwertigkeit insgesamt höher einzustufen.

Die im Anhang IV der FFH-Richtlinie aufgeführt Farn- und Blütenpflanzenarten besiedeln jeweils sehr spezielle Standorte, die im Plangebiet nicht vorhanden sind. Aufgrund der vorliegenden Habitatausstattung bzw. mangelnder Verbreitung sind Vorkommen dieser Pflanzenarten im Plangebiet auszuschließen.

4.3.2.2 Bestand Fauna

Zur **Fauna** sind im Landschaftsplan keine spezifischen Angaben über Artenvorkommen für das Plangebiet enthalten. Bei den Begehungen wurden im eigentlichen Plangebiet keine Tierartenvorkommen beobachtet. Es waren auch keine Hinweise auf Vorkommen erkennbar. Eine gezielte Erfassung wurde nicht durchgeführt.

Da keine systematische Erfassung von Tierartenvorkommen erfolgte, wird eine Potenzialabschätzung für das Plangebiet und Umgebung vorgenommen, in der die Lebensraumeignung für Tierarten bewertet wird.

Knicks mit artenreichem Gehölzbestand und dichtem Bewuchs in der Strauchschicht sind aufgrund ihrer Strukturvielfalt mit Zonierung und Nischenreichtum Lebensraum artenreicher Pflanzen- und Tiergemeinschaften. Insbesondere Insekten- und Vogelarten leben in relativ hohen Arten- und Individuenzahlen in Knicks. Je dichter ein Knicknetz ist, desto besser sind Knicks als Tierlebensraum geeignet.

Die Knicks im Plangebiet weisen in dieser Hinsicht keine besonders hohe, sondern eher mittlere bis teilweise geringe Wertigkeit auf. So sind einige Knickabschnitte im Gehölzbewuchs nur lückig (s.o.).

Säugetiere: Für Fledermäuse weist das Plangebiet keine geeigneten Strukturen für Winterquartiere oder Wochenstuben auf. Die Knicks können mit ihrem Ast- und Blattwerk potenziell Fledermäusen als Tagesversteck (sporadisch genutzter Unterschlupf) dienen; eine besondere Bedeutung ist jedoch nicht erkennbar.

Jagdflüge von Fledermäusen entlang der Knicks sind möglich; eine besondere Bedeutung ist jedoch auch in dieser Funktion nicht erkennbar.

Weitere Säugetierarten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie, die in Schleswig-Holstein in terrestrischen Lebensräumen vorkommen sind Haselmaus und Fischotter. Das Plangebiet liegt außerhalb des Verbreitungsgebietes der Haselmaus. Für Fischotter geeignete Gewässerlebensräume sind im Plangebiet nicht vorhanden.

Für große Säugetiere der Feldflur ist das Plangebiet grundsätzlich geeignet, weist jedoch keine besondere Bedeutung auf.

Amphibien und Reptilien: Da naturnahe Gewässer im Plangebiet fehlen, sind Laichgewässer von Amphibien nicht betroffen. Die Knicks sind nur eingeschränkt als Land- bzw. Winterlebensraum von Amphibien geeignet und entsprechende Vorkommen insbesondere von Amphibienarten streng geschützter Arten sind unwahrscheinlich. Dies trifft auch auf Reptilienarten zu.

Wirbellose: Da naturnahe Gewässer, Feuchtbiotope, Alt- bzw. Totholzbestände und ähnliche Habitate fehlen, ist das Plangebiet als Lebensraum seltener bzw. gefährdeter Wirbellosen-Arten, z.B. aus den Artengruppen Libellen, Heuschrecken, holzbewohnende Käfer, nicht geeignet. Die Knicks weisen ein hohes Lebensraumpotential für Insektenarten insbesondere aus den Gruppen Tagfalter, Nachtfalter, Käfer und Wanzen auf.

Vögel: Der Gehölzbestand von Knicks ist als Lebensraum gehölzbrütender Vögel grundsätzlich geeignet. Für Vogelarten der knickreichen Feldflur mit besonderen Standortansprüchen weist das Plangebiet aufgrund der Habitatstruktur und aufgrund von Störquellen (u.a. landwirtschaftliche Nutzung) keine geeigneten Bedingungen für Brutvorkommen auf. Andere, allgemein häufiger vorkommende gebüschbrütende Vogelarten wie Heckenbraunelle und Klappergrasmücke können dagegen in den Gehölzen der Knicks potenziell geeigneten Lebensraum finden.

In den randlichen Gehölzbeständen der Knicks ist aufgrund der eingeschränkten Lebensraumeignung nicht von Vorkommen besonders anspruchsvoller Arten auszugehen, die gemäß Roten Listen als im Bestand gefährdet gelten oder besonders selten sind. Diese in diesem Bereich nicht zu erwartenden Arten weisen neben spezifischen Habitatanforderungen auch eine hohe Sensibilität gegenüber Störungen auf.

Grünlandflächen sind für Wiesenbrüter wie Kiebitz und Feldlerche grundsätzlich als Lebensraum geeignet. Durch die Nähe zum Wohngebiet dieser Flächen im Plangebiet, die als optische und akustische Störquelle wirken, ist eine Eignung als Brutgebiet für diese beiden Bodenbrüterarten jedoch eingeschränkt. Darüber hinaus halten Kiebitze und Feldlerchen vergleichsweise hohe Fluchtdistanzen zu Vertikalstrukturen wie z. B. den vorhandenen Knicks im Plangebiet ein, was eine Eignung als Bruthabitat weiter mindert. Von einem Brutvorkommen der beiden Arten im Plangebiet ist entsprechend nicht auszugehen.

Brutvorkommen ungefährdeter Bodenbrüterarten mit geringerer Störungsempfindlichkeit bzw. geringeren Anforderungen an ihr Bruthabitat bezüglich der Sichtfreiheit, wie z.B. Fasan sind jedoch grundsätzlich möglich.

4.3.2.3 Bewertung der Auswirkungen auf das Schutzgut Biotop, Tiere und Pflanzen

Bauliche Veränderungen und Eingriffe in das Schutzgut Biotop, Tiere und Pflanzen

Das geplante Wohngebiet liegt in Bereichen mit geringer bis allgemeiner Bedeutung für den Naturschutz.

Im geplanten Wohngebiet werden Wohngebäude errichtet und Straßen und Fußwege angelegt. Hierdurch werden größtenteils Flächen mit geringer bis allgemeiner Bedeutung für den Naturschutz in Anspruch genommen.

Das Lebensraumpotenzial für bodenbrütende Vogelarten der Offenlandschaft auf den Grünlandflächen im Plangebiet fällt bei Umsetzung der Planung fort.

Für die Erschließung des Plangebiets sind möglicherweise Knickdurchbrüche erforderlich. Durch die Knickrodungen werden Flächen mit besonderer Bedeutung für den Naturschutz in Anspruch genommen. Der übrige Knickbestand im Plangebiet soll erhalten bleiben.

Der naturschutzrechtliche Schutz der Knicks wird nachrichtlich in den Bebauungsplan übernommen (). Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung der Knicks führen können, sind aufgrund des gesetzlichen Biotopschutzes für Knicks gemäß § 30 BNatSchG in Verbindung mit § 21 (1) Nr. 4 LNatSchG grundsätzlich verboten. Ausnahmen vom Knickschutz bedürfen einer Genehmigung seitens der Unteren Naturschutzbehörde Kreis Steinburg. Ein Knickausgleich durch Anlage neuer Knicks ist nachzuweisen.

Nähere Regelungen bzw. eine Betrachtung, welche Knickabschnitte in Anspruch genommen werden, erfolgen im nachfolgenden Bebauungsplan.

4.3.2.4 Artenschutzrechtliche Bewertung

Über die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung hinaus sind in der Bauleitplanung Aussagen zur Berücksichtigung der Vorschriften des besonderen Artenschutzes (§ 44 Bundesnaturschutzgesetz), d. h. zur Betroffenheit besonders und streng geschützter Arten zu treffen.

Im Ergebnis der Lebensraumpotenzialabschätzung sind lediglich Brutvögel planungsrelevant. Für die relevanten Arten dieser Artengruppen wurde daher eine Prognose der artenschutzrechtlichen Tatbestände bei Umsetzung des Bebauungsplanes vorgenommen. Zur Vermeidung möglicher Verstöße gegen Zugriffsverbote werden Vermeidungsmaßnahmen entwickelt.

Zum Artenschutz ist der § 44 BNatSchG zu beachten, nach dem

1. die Verletzung oder Tötung wild lebender Tiere der besonders geschützten Arten,
2. die erhebliche Störung wild lebender Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten,
3. das Beschädigen und Zerstören von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten von Tieren der besonders geschützten Arten sowie
4. die Entnahme, Beschädigung und Zerstörung von Pflanzen der besonders geschützten Arten

verboten sind (Zugriffsverbote, § 44 Abs. 1 BNatSchG).

Für Vorhaben innerhalb eines Bebauungsplans gilt, dass bei Betroffenheit von streng geschützten Tierarten (hier Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie), von europäischen Vogelarten oder von bestandsgefährdeten Arten gemäß Rechtsverordnung ein Verstoß gegen

das o.g. Verbot Nr. 3 nur dann vorliegt, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang nicht weiterhin erfüllt ist.

Für das Verbot Nr. 1 gilt, dass ein Verstoß gegen das Tötungs- und Verletzungsverbot (Nr. 1) vorliegt, wenn sich durch die unvermeidbare Beeinträchtigung durch das Vorhaben das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare der betroffenen Arten signifikant erhöht. (§ 44 Abs. 5 BNatSchG). Für das Verbot Nr. 2 gilt, dass eine erhebliche Störung dann vorliegt, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert.

Nach der Potenzialabschätzung zur Lebensraumeignung für Tiere und Pflanzen im vorigen Abschnitt sind Vorkommen von Gehölzbrütern der ungefährdeten Arten in den Knicks grundsätzlich möglich. Brutvorkommen von Bodenbrütern der ungefährdeten Arten auf den Grünland- und Ackerflächen sind unwahrscheinlich, jedoch nicht sicher auszuschließen.

Die Betroffenheit streng geschützter Tier- und Pflanzenarten (hier Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie) sind nicht zu erwarten.

Bestandsgefährdete Arten gemäß Rechtsverordnung sind nicht relevant, da eine entsprechende Rechtsverordnung derzeit nicht besteht.

Gehölzbrütende Vögel der ungefährdeten Arten

Mit der Umsetzung der Bauleitplanung kann die Beseitigung von Gehölzen im Plangebiet verbunden sein.

Das Entfernen von Gehölzen ist gemäß § 39 (5) Nr. 2 BNatSchG in der Zeit vom 1. März bis 30. September (Schutzfrist) verboten. Dem Verbot der Tötung und der erheblichen Störung von Tieren während des Brutgeschehens und der Jungenaufzucht (Zugriffsverbot Nr. 1) wird dadurch Rechnung getragen, dass die Beseitigung von Knickgehölzen und Bäumen auf den Zeitraum zwischen 1. Oktober und den letzten Tag im Februar, also außerhalb der Schutzfrist, gelegt wird.

Die Beseitigung von Gehölzen wird nicht zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Populationen ggf. betroffener Arten führen, da bei einem möglichen Lebensraumverlust im räumlich-funktionalen Zusammenhang in ausreichendem Umfang Ausweichmöglichkeiten gegeben sind. Ggf. betroffen sind allgemein häufig vorkommende Vogelarten.

Das dichte und relativ weitläufige Knicknetz setzt sich außerhalb des Plangebietes in entsprechender Qualität in die Landschaft weiter fort und bildet einen Funktionszusammenhang, auch als Lebensraum für die lokalen Populationen gehölzbrütender Vögel. Da etwaige Störungen durch Baumaßnahmen oder Wohnnutzung sich auf außerhalb des Plangebiets liegende Knicks nicht wesentlich auswirken werden, kann davon ausgegangen werden, dass der Erhaltungszustand der lokalen Populationen der betroffenen Gehölzbrüterarten sich durch diese etwaigen zusätzlichen Störungen nicht verschlechtern wird.

Eine erhebliche Störung bzw. Beschädigen oder Zerstörung von Fortpflanzungs-, Ruhestätten oder anderen Lebensstätten von gehölzbrütenden Vögeln ist bei Umsetzung der Planung nicht zu erwarten (Zugriffsverbote Nr. 2 und 3).

Bodenbrütende Vögel der ungefährdeten Arten

Brutvorkommen von Bodenbrütern der ungefährdeten Arten auf der Freifläche, die den Großteil des Plangebietes ausmacht, sind unwahrscheinlich, jedoch nicht sicher auszuschließen. Die Verbotstatbestände werden aufgrund des allgemeinen Vorkommenspotenzials nicht artbezogen, sondern für die gesamte Artengilde „Bodenbrüter der ungefährdeten Arten“ geprüft.

Aufgrund der Lebensweise der Bodenbrüter besteht die Gefahr, dass bei Bauarbeiten auf Freiflächen des Plangebietes während der Brut- und Aufzuchtzeit besetzte Nester durch die Bautätigkeit zerstört, Vögel verletzt oder getötet bzw. deren Gelege zerstört werden. Zur Vermeidung des Verstoßes gegen das Zugriffsverbot Nr. 1 sind daher geeignete Vermeidungsmaßnahmen, hier eine Bauzeitenregelung für Arbeiten auf Freiflächen außerhalb der Brutzeit, zu treffen.

Die Baufeldräumung zur Herstellung der Erschließungsstraßen und Bauflächen muss im Zeitraum zwischen 1. Oktober und Ende Februar erfolgen. Dieser Zeitraum liegt außerhalb der Brut- und Aufzuchtzeit der Jungtiere der potenziell betroffenen Vogelarten.

Es wird davon ausgegangen, dass ab dem Beginn die Baumaßnahmen zeitnah fortgesetzt werden und es damit zu regelmäßigen Störungen kommt, so dass sich Tiere der potenziell betroffenen Arten nicht innerhalb der Bauflächen ansiedeln werden.

Ein Verstoß gegen das Zugriffsverbot des Verletzens und Tötens von Tieren ist bei Einhaltung der **Bauzeitenregelung** nicht gegeben.

Für potenziell im Wirkbereich außerhalb der Eingriffsflächen vorkommende Vogelarten sind keine erheblichen Störungen zu erwarten, da die entsprechenden Arten als Vögel der Siedlungsflächen gegenüber Lärm und optischen Emissionen nicht besonders empfindlich. Die betreffenden Bereiche sind darüber hinaus bereits aufgrund der bestehenden Siedlungsstrukturen entsprechenden Wirkungen ausgesetzt. Eine wesentliche Erhöhung bis zu erheblicher Störung ist nicht zu erwarten.

Die potenziell betroffenen Arten sind in der Brutplatzwahl flexibel und suchen sich jährlich neue Brutplätze. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass für die betroffenen Populationen die ökologische Funktion der vom Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten durch entsprechende vorhandene Ausweichmöglichkeiten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.

Eine erhebliche Störung bzw. Beschädigen oder Zerstörung von Fortpflanzungs-, Ruhestätten oder anderen Lebensstätten von bodenbrütenden Vögeln ist bei Umsetzung der Planung nicht zu erwarten (Zugriffsverbote Nr. 2 und 3).

Fazit der artenschutzrechtlichen Bewertung:

Die folgenden artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahmen sind zu beachten und werden in die Planung aufgenommen:

Ausschlussfrist für Gehölzbeseitigung: Bei der Beseitigung von Gehölzen ist die gesetzlich vorgeschriebene Ausschlussfrist für Gehölzbeseitigung zu berücksichtigen, um die Tötung und Verletzung potenziell anwesender Brutvögel sowie deren Gelege und Jungvögel zu vermeiden. Das Entfernen von Bäumen, Hecken und anderen Gehölzen ist gemäß § 39 (5) Nr. 2 BNatSchG in der Zeit vom 1. März bis 30. September verboten.

Bauzeitenregelung: Die Baufeldräumung zur Herstellung der Erschließungsstraßen und Bauflächen muss im Zeitraum zwischen 1. Oktober und Ende Februar erfolgen. Dieser Zeitraum liegt außerhalb der Brut- und Aufzuchtzeit der Jungtiere der potenziell betroffenen Vogelarten.

Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass die Verbotstatbestände des § 44 Bundesnaturschutzgesetz zum Artenschutz bei Beachtung der oben genannten Vermeidungsmaßnahmen nicht berührt werden. Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (§ 44 (5) BNatSchG) werden nicht erforderlich.

4.3.2.5 Natura-2000-Gebiete

Gemäß § 34 BNatSchG ist eine Prüfung von Vorhaben auf ihre Verträglichkeit mit den Schutz- und Erhaltungszielen von Gebieten durchzuführen, die durch die Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-Richtlinie) und durch die Richtlinie 79/409/EWG über die Erhaltung wildlebender Vogelarten geschützt sind. EU-Vogelschutzgebiete und Gebiete gemeinschaftlicher Bedeutung nach FFH-Richtlinie bilden das Europäische Schutzgebietsnetz ‚Natura 2000‘.

Gebiete des europäischen Schutzgebietsnetzes Natura 2000 sind durch die Planung nicht betroffen.

4.3.3 Schutzgut Boden / Fläche

Die Bodenschutz- und Flächenbelange werden in der Umweltprüfung hinsichtlich der Auswirkungen des Planungsvorhabens, der Prüfungen von Planungsalternativen und der Ermittlung von Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und Kompensation von Beeinträchtigungen geprüft. Insbesondere der vorsorgende Bodenschutz ist in der Bauleitplanung ein zentraler Belang, der im vorliegenden Umweltbericht in den entsprechenden Abschnitten jeweils gesondert behandelt wird.

Die Umweltprüfung orientiert sich in diesem Aspekt an dem im Auftrag der Länderarbeitsgemeinschaft Bodenschutz (LABgO) erstellten Leitfaden „Bodenschutz in der Umweltprüfung nach BauGB“ (2009).

Die Bewertung der Bodenfunktionen im Plangebiet erfolgt nach dem Runderlass „Verhältnis der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung zum Baurecht“ (Gemeinsamer Runderlass des Innenministeriums und des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume vom 9. Dezember 2013).

Das Plangebiet liegt naturräumlich in der Schleswig-Holsteinischen Geest, hier in der Heide-Itzehoeer Geest, die sich vom Mittellauf der Eider bis zum Mittellauf der Stör zieht.

Die Böden im Plangebiet werden durchgehend von schwach schluffigen Sanden gebildet, die gut versickerungsfähig sind.

Angaben zum Boden im Plangebiet werden dem Landschaftsplan, dem Umweltatlas SH, sowie der Bodenuntersuchung entnommen.

Gemäß Umweltatlas handelt es sich im Plangebiet um Braunerde mit Podsol als ersten und Gley als zweiten Begleitbodentyp.

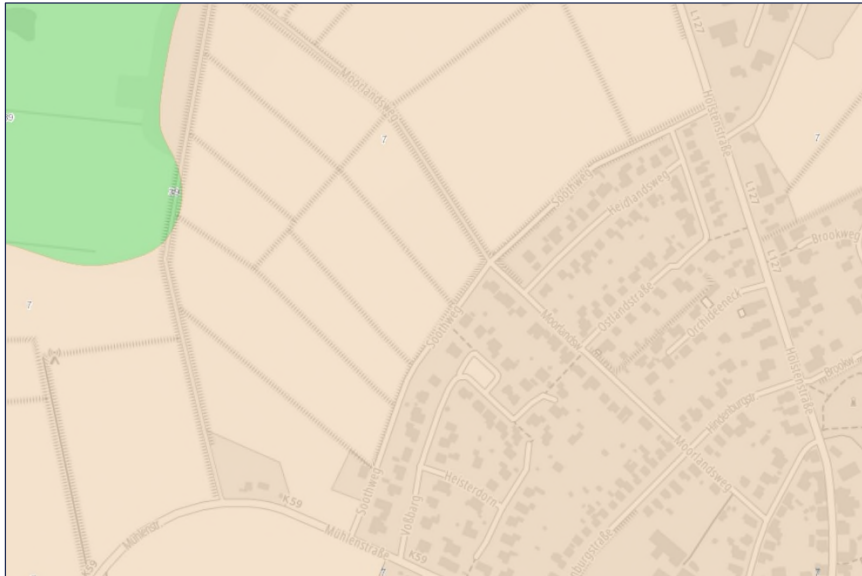


Abb. 9: Bodentypen im Bereich des Plangebietes
(Quelle: Umweltatlas SH, Entnahme am 15.11.23)

Als Bodenart findet sich Sand (Geschiebedecksand über Schmelzwassersand).

Diese Böden weisen laut Umweltportal eine geringe bis sehr geringe bodenfunktionale Gesamtleistung auf (Quelle: <https://umweltportal.schleswig-holstein.de/kartendienste>).

Gemäß Landschaftsplan sind die Podsol-Braunerden die am häufigsten vorzufindenden Böden in der Gemeinde Schenefeld. Sie weisen eine gute Wasserdurchlässigkeit auf und haben somit eine hohe Bedeutung für die Grundwasserneubildung (L-Plan, 2006, Seite 10). Das Bindungsvermögen für Nährstoffe ist hingegen gering.

Im Rahmen der Bodenuntersuchung (vom 09.08.2023 durch Dipl. Ing. Neumann, Baugrunduntersuchung GmbH & Co. KG) wurden im Plangebiet insgesamt 33 Kleinbohrungen vorgenommen und 162 Bodenproben entnommen, die bestimmt und beurteilt wurden.

Aus den aufgetragenen Bohrprofilen ist ersichtlich, dass unterhalb einer bis zu maximal ca. 0,80 m mächtigen humosen Oberbodenschicht bis zur Endteufe von sechs Metern Sande mit unterschiedlicher Korngrößenverteilung natürlich anstehen. Kornanalytisch handelt es sich bei den untersuchten Böden demzufolge um Sande mit unterschiedlicher Korngrößenverteilung.

Wasser wurde in Tiefen zwischen 3 bis 4,6 m unter GOK festgestellt. In Abhängigkeit von den anfallenden Niederschlagsmengen muss hier mit Schwankungen gerechnet werden.

In dem Boden wurden keine relevanten Schadstoffe ermittelt.

Die vorhandenen Bodentypen sind mit Ausnahme des Oberbodens nicht besonders selten oder empfindlich. Entsprechend wird bei den Böden im Plangebiet im Bestand von einer allgemeinen Bedeutung des Bodens für den Bodenschutz ausgegangen. Der Oberboden ist bei Baumaßnahmen u.a. durch gesonderte Lagerung zu schützen.

Bewertung der Auswirkungen

Durch Bodenversiegelungen wird die Speicher- und Filtereigenschaft des Bodens stark verändert und eingeschränkt. Bodenversiegelungen führen zu erheblichen und nachhaltigen Veränderungen im gesamten Ökosystem Boden. Durch Versiegelung fällt Boden als Standort für Vegetation und als Lebensraum für Bodenorganismen fort. Bei Teilversiegelung bleiben diese Bodenfunktionen eingeschränkt erhalten, da der Boden in eingeschränktem Maße durchlässig bleibt.

Die natürliche Bodenfruchtbarkeit wird durch eine Versiegelung der Böden massiv beeinträchtigt. Wenn der Boden dauerhaft von Luft und Wasser abgeschlossen ist, geht die Bodenfauna zugrunde, welche wiederum wichtige Funktionen für den Erhalt und die Neubildung von fruchtbaren Böden erfüllt. Daher bedingt die Versiegelung den Verlust landwirtschaftlicher Flächen und fruchtbarer Böden als Ressource für die Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln, Energiepflanzen und nachwachsenden Rohstoffen.

Mit der Umsetzung der Planung sind umfangreiche Bodenversiegelungen und Maßnahmen zum Bodenaustausch verbunden. Das Planungsziel wird auf im Bestand unversiegelten Flächen umgesetzt, daher sind bei Umsetzung der Planung erhebliche Beeinträchtigungen im Schutzgut Boden zu erwarten.

Durch die geplante Errichtung von Wohngebäuden, baulichen Nebenanlagen und Verkehrsanlagen werden Flächen mit geringer bis allgemeiner Bedeutung für den Bodenschutz in Anspruch genommen.

Eine genauere Beurteilung erfolgt im Rahmen der nachfolgenden Bebauungspläne anhand der konkreten Festsetzungen.

4.3.4 Schutzgut Wasser

Bestand

Das Plangebiet liegt außerhalb von Wasserschutzgebieten jedoch innerhalb eines Trinkwassergewinnungsgebietes. Zu beachtende Schutzvorschriften ergeben sich nicht, jedoch sind die Vorschriften des Gewässerschutzes gem. Wasserhaushaltsgesetz (WHG), insbesondere §§ 46 bis 49, einzuhalten.

Das Plangebiet liegt außerhalb von Überschwemmungs- und Hochwasserschutzgebieten.

Es befinden sich keine Gewässer im Bereich des Plangebietes.

Im Rahmen der Untersuchung des Bodens wurde Wasser in Tiefen zwischen 3 bis 4,6 m unter GOK festgestellt. Bei der Bodenuntersuchung handelt es sich allerdings um eine einmalige Messung (jahreszeitabhängig), die weder den höchsten Stand noch den Schwankungsbereich des Wasserstandes wiedergibt.

Die Böden im Plangebiet eignen sich aufgrund der Bodenart (Sand) für eine Versickerung von Niederschlagswasser.

Bewertung der Auswirkungen

Oberflächenbefestigungen wirken sich auch auf den Wasserhaushalt im Boden aus, indem die Versickerungsfähigkeit des Bodens in den betreffenden Flächen verringert wird. Um den Auswirkungen der zusätzlichen Flächenversiegelung entgegenzuwirken, wird auf der Ebene

der nachfolgenden Bebauungsplanung gemäß Arbeitsblatt A-RW 1 eine Wasserhaushaltsbilanzierung für den Planungsraum durchgeführt. Das innerhalb des Planungsraumes anfallende Niederschlagswasser kann vor Ort versickert werden.

Das häusliche Schmutzwasser der zu erschließenden Grundstücke wird in einem neu herzustellenden Schmutzwasserkanalnetz gesammelt und vermutlich über eine Pumpstation und über eine Druckrohrleitung bis zu einem Kontrollschacht der bestehenden Schmutzwasserkanalisation im Moorlandsweg geleitet. Ob diese Einleitmöglichkeit wie geplant besteht, muss noch durch den Wasserverband Unteres Störgebiet bestätigt werden. Derzeit werden hydraulische Berechnungen hinsichtlich der Leitungsfähigkeit des Schmutzwasserkanals in der Gemeinde durchgeführt, von deren Ergebnissen auch die Einleitmöglichkeit im Plangebiet abhängt. Genauere Regelungen werden im Rahmen der Aufstellung der nachfolgenden Bebauungspläne erfolgen.

Das Grundwasser wird gemäß der vorliegenden Baugrundgutachten bei Umsetzung der Planung voraussichtlich nicht beeinträchtigt. Erhebliche Beeinträchtigungen im Schutzgut Wasser sind daher nicht zu erwarten.

4.3.5 Schutzgut Klima / Luft

Bestand

In seiner Grundaussprägung wird das Klima im Raum Schenefeld wie in ganz Schleswig-Holstein von den in Nordeuropa vorherrschenden Großwetterlagen wie Westwindströmungen, subtropischen Hochdruckgebieten (Azoren) und polaren Tiefdruckgebieten bestimmt. Charakteristisch sind ausgeglichene Temperaturen mit relativ kühlen Sommer- und milden Wintertemperaturen bei hohen Niederschlägen.

Das Kleinklima im Plangebiet wird durch die Freiflächen und die Knicks bestimmt. Die Knicks dienen als Windschutz und zur Abschwächung des Windes. Die Lage des Plangebietes zwischen sowohl Siedlungsbestand als auch Offenlandschaft mit Kaltluftentstehung und der weitgehend ungehinderte Luftaustausch sorgen für ein ausgeglichenes Kleinklima.

Prognose und Bewertung der Auswirkungen

Flächenversiegelungen können sich grundsätzlich auf das Kleinklima in den betroffenen Flächen auswirken, indem die Verdunstung herabgesetzt und die Erwärmung bei Sonneneinstrahlung verstärkt wird. Bei der Realisierung der baulichen Nutzung werden die Auswirkungen auf dieses Schutzgut voraussichtlich nicht im erheblichen Bereich liegen, da der überwiegende Teil der Knicks erhalten wird und der verbleibende Gehölzbestand sowie die geplante Neupflanzung von Bäumen und Gehölzen sowie der weitgehend ungehinderte Luftaustausch mit der angrenzenden Freifläche für ein ausgeglichenes Kleinklima sorgen werden.

Belastungen der Luft durch Schadstoffe aus dem Kfz-Verkehr sind aufgrund der Geschwindigkeitsbegrenzung auf den angrenzenden Straßen und aufgrund der Abschirmung durch den Knick als im Umfang gering anzunehmen.

Erhebliche Beeinträchtigungen im Schutzgut Klima / Luft sind daher nicht zu erwarten.

4.3.6 Schutzgut Landschaft

Das Orts- und Landschaftsbild wird anhand der Kriterien Vielfalt, Eigenart und Schönheit bewertet.

Das Plangebiet wird von der landwirtschaftlichen Nutzung und den Knicks mit Überhältern geprägt. An das Plangebiet grenzen im Südosten (südöstlich des Knicks und Soothweges) und teilweise im Süden Siedlungsfläche und im Norden und Westen landwirtschaftlich genutzte Flächen, die großräumig von Knicks eingefasst sind.

Bewertung der Auswirkungen

Mit der vorliegenden Planung erfolgt eine bauliche Erweiterung am westlichen Ortsrand von Schenefeld. Damit ist eine dauerhafte Veränderung des Landschafts- und Ortsbildes durch Einbeziehung von Offenlandschaft in den Siedlungsraum verbunden.

Die bestehenden Knicks im Plangebiet bleiben als prägende Landschaftselemente größtenteils erhalten. Außerdem wird eine Ortsrandbegrünung vermutlich ebenfalls in Form von landschaftstypischen Knicks vorgesehen.

Durch diese Maßnahmen werden die erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft vermindert.

In den nachfolgenden Bebauungsplänen werden nähere Festsetzungen getroffen.

4.3.7 Schutzgut Mensch

Erholungseignung

Bei dem Vorhabenstandort handelt es sich größtenteils um eine landwirtschaftliche Nutzfläche.

Das Plangebiet liegt laut LRP im Bereich historischer Knicklandschaft und im Gebiet mit besonderer Erholungseignung.

Der Soothweg im Osten und der Wirtschaftsweg im Südwesten des Plangebietes sind Teil des Wegenetzes für Fußgänger und Radfahrer, die insbesondere westlich des Plangebietes in der reich mit Knicks strukturierten und über die Feldwege erschlossenen Feldflur gute Erholungsmöglichkeiten finden.

Das Plangebiet selbst weist darüber hinaus nur geringe Erholungseignung auf, da Wegebeziehungen durch das Plangebiet fehlen.

Bei Umsetzung der Planung ist keine erhebliche Veränderung zu erwarten.

Emissionen

Aus dem neuen Wohngebiet werden voraussichtlich keine wesentlichen Emissionen von Lärm o.ä., die für die umliegenden Nutzungen und Flächen relevant wären, ausgehen.

Immissionen

Landwirtschaftliche Flächen grenzen im Norden und Westen an das Plangebiet. Die aus einer ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Nutzung resultierenden Immissionen (Lärm, Staub und Gerüche) können zeitlich begrenzt auf das Plangebiet einwirken. Diese Immissionen werden durch die vorhandenen Knicks, die das Plangebiet umgeben, in ihrer Wirkung gedämpft.

Von den umliegenden überörtlichen Straßen sind keine unverträglichen Lärmimmissionen zu erwarten aufgrund der Entfernung zur Holstenstraße und Mühlenstraße.

Abwasser/ Abfall

Die Entsorgung des anfallenden Schmutzwassers und des anfallenden Oberflächenwassers wird im Kapitel 4.3.4 zum Schutzgut Wasser beschrieben.

Die Abfallbeseitigung erfolgt auf der Grundlage der Satzung über die Abfallentsorgung im Kreis Steinburg.

Störfallbetriebe / Unfallvorsorge / Gesundheit

Die Anfälligkeit der nach dem Bebauungsplan zulässigen Vorhaben für schwere Unfälle oder Katastrophen ist im Umweltbericht zu prüfen. Zwischen schutzbedürftigen Nutzungen und Betriebsbereichen nach der Störfall-Verordnung (12. BImSchV) sind zur Vermeidung von Auswirkungen angemessene Abstände nachzuweisen. Das im Bebauungsplan geplante Wohngebiet gilt als schutzbedürftige Nutzung.

Im Umfeld des Plangebiets befindet sich keine Betriebe, die der Störfall-Verordnung unterliegen.

Es wird daher davon ausgegangen, dass für das im Bebauungsplan geplante Vorhaben keine Auswirkungen aufgrund der Anfälligkeit für schwere Unfälle oder Katastrophen zu erwarten sind.

In der „Auflistung der Gemeinden mit bekannten Bombenabwürfen“ (Anlage zur Kampfmittelverordnung Schleswig-Holstein) wird die Gemeinde Schenefeld nicht aufgeführt. Daher ist eine Abfrage zur Untersuchung auf Kampfmittelbelastung nicht erforderlich.

Bewertung der Auswirkungen

Bezüglich Emissionen sind keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten.

Immissionen

Erhebliche Umweltauswirkungen durch Immissionen sind nicht zu erwarten.

Abwasser, Abfall

Bei Beachtung der gesetzlichen Vorschriften und behördlichen Vorgaben sind erhebliche Umweltauswirkungen nicht zu erwarten.

Störfallbetriebe / Unfallvorsorge / Gesundheit

Bezüglich Störfallbetriebe, Unfallvorsorge und zum Gesundheitsschutz sind erhebliche Umweltauswirkungen nicht zu erwarten.

4.3.8 Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter

Bestand

Bau- und Bodendenkmäler

Für das Plangebiet liegen nach derzeitigem Stand bezüglich Bau- und Bodendenkmale Hinweise vor, dass es sich bei der überplanten Fläche um Stellen handelt, die gem. § 12 Abs. 2 S. 6 DSchG als Flächen gelten, von denen bekannt ist oder den Umständen nach zu

vermuten ist, dass sich dort Kulturdenkmale befinden (**vgl. Kap. 2.8**). Erdarbeiten in diesen Bereichen bedürfen demnach der Genehmigung des Archäologischen Landesamtes.

Weiterhin wird ausdrücklich auf § 15 DSchG verwiesen:

Wer Kulturdenkmale entdeckt oder findet, hat dies unverzüglich unmittelbar oder über die Gemeinde dem Archäologischen Landesamt mitzuteilen. Die Verpflichtung besteht ferner für die Eigentümerin oder den Eigentümer und die Besitzerin oder den Besitzer des Grundstücks, auf oder in dem der Fundort liegt, und für die Leiterin oder den Leiter der Arbeiten, die zur Entdeckung oder zu dem Fund geführt haben. Die für den Fund Verantwortlichen haben das Kulturdenkmal und die Fundstätte in unverändertem Zustand zu erhalten, soweit es ohne erhebliche Nachteile oder Aufwendungen von Kosten geschehen kann. Diese Verpflichtung erlischt spätestens nach Ablauf von vier Wochen seit der Mitteilung. Archäologische Kulturdenkmale sind nicht nur Funde, sondern auch dingliche Zeugnisse wie Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit.

Bewertung der Auswirkungen

Es werden gem. § 14 DSchG vor Umsetzung der Baumaßnahmen archäologische Untersuchungen stattfinden. Die Erdarbeiten in diesen Bereichen bedürfen der Genehmigung des Archäologischen Landesamtes. Verantwortlich für die Untersuchungen sind hier gemäß § 15 DSchG der Grundstückseigentümer und der Leiter der Arbeiten.

Bei Beachtung der Hinweise zu Kulturdenkmalen wird nicht von erheblichen negativen Auswirkungen im Schutzgut Kulturgüter ausgegangen.

Sonstige Sachgüter

Die landwirtschaftliche Nutzung wird durch eine bauliche Nutzung als Wohngebiet abgelöst. Damit verbunden ist ein Flächenverlust für die landwirtschaftliche Nutzung. Der baulichen Nutzung wird in der planerischen Abwägung aus städtebaulichen Gründen im Plangebiet der Vorzug gegeben.

Insgesamt wird daher nicht von erheblichen negativen Auswirkungen in diesem Schutzgut ausgegangen.

4.3.9 Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Die nach den Vorgaben des BauGB zu betrachtenden Schutzgüter können sich gegenseitig in unterschiedlichem Maße beeinflussen. Beispielsweise wird durch den Verlust von Freifläche durch Flächenversiegelung der Anteil an Vegetationsfläche verringert, wodurch indirekt auch das Kleinklima beeinflusst werden kann.

Im vorliegenden Fall werden durch weitere Faktoren, wie z. B. Luftaustausch mit der Umgebung, diese Wechselwirkungen kompensiert und nicht im wesentlichen Bereich liegen. Die Umweltfolgen der möglichen Wechselwirkungen sind insgesamt als gering zu beurteilen.

Eine Verstärkung der erheblichen Umweltauswirkungen durch sich negativ verstärkende Wechselwirkungen ist im vorliegenden Plangebiet nicht zu erwarten.

4.3.10 Zusammenfassende Prognose

Die voraussichtlichen Umweltauswirkungen werden zunächst in der folgenden Tabelle für jedes Schutzgut kurz dargestellt und anschließend in einer Gesamtprognose zusammengefasst.

	Umweltauswirkungen	Grad der Beeinträchtigung
Biotope, Tiere, Pflanzen, Biol. Vielfalt	Inanspruchnahme von Freifläche geringer bis allgemeiner Bedeutung	+
Natura-2000-Gebiete	Knickdurchbrüche für Erschließung	++
	Keine Beeinträchtigung durch die Planung	O
Boden	Beeinträchtigung von Bodenfunktionen durch Flächenversiegelung	++
Fläche	Inanspruchnahme von Freifläche	+++
Wasser	Beeinträchtigungen des Bodenwasserhaushaltes durch Flächenversiegelung	++
Klima, Luft	Veränderung des örtlichen Kleinklimas durch Flächenversiegelung	+
Landschaft	Bebauung von Freifläche	++
Mensch:		
Erholungseignung	Plangebiet nicht öffentlich zugänglich	O
Immissionen	Schallimmissionen durch Verkehr gering	O
Kultur-, Sachgüter	Beeinträchtigung von Kultur- und Sachgütern	+
Wechselwirkungen	Verstärkung von erheblichen Auswirkungen	O

Tabelle 5: Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter und ihre Bewertung

+++ starke Beeinträchtigung, ++ mittlere Beeintr., + geringe Beeintr., O keine Beeintr.

Die Bestandsaufnahme der Schutzgüter und die Beschreibung der Umweltauswirkungen zeigen, dass von der Flächeninanspruchnahme Flächen von allgemeiner Bedeutung für den Naturschutz betroffen sind. Das Schutzgut Boden wird dort, wo die Flächen versiegelt werden, erheblich beeinträchtigt.

Auswirkungen auf die Schutzgüter Mensch, hier Gesundheitsschutz, und Tiere durch Lärmimmissionen bzw. Bewegungen von Menschen aus der Wohnnutzung werden nicht im erheblichen Bereich liegen. Bei Beachtung der Hinweise zu Kulturdenkmälern wird nicht von erheblichen negativen Auswirkungen im Schutzgut Kulturgüter ausgegangen.

Durch die Bebauung von Freifläche wird das Landschaftsbild beeinträchtigt. Durch die Erhaltung der überwiegenden Teile der Knicks als wertgebende Landschaftselemente, wird die Beeinträchtigung vermindert. Ebenso führt die Nachpflanzung der Knicks und die Erhaltung von einer Grünfläche im Plangebiet zu einer Verminderung der Beeinträchtigung.

Zur Minimierung der Auswirkungen auf geschützte Tierarten sind artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen zu treffen.

Darüber hinaus gehen von dem Vorhaben keine erheblichen negativen Umweltauswirkungen aus.

4.3.11 Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung

Bei Nichtdurchführung der Planung bleiben die Flächen im Plangebiet im Bestand in ihrer Biotop- und Nutzungsstruktur, wie sie unter Ziffer 4.3.1 bis 4.3.9 schutzgutbezogen als Basisszenario (Bestandssituation) beschrieben sind, voraussichtlich bestehen.

Die Entwicklung des Umweltzustandes wird sich bei Nichtdurchführung der Planung voraussichtlich nicht wesentlich von dem beschriebenen Basisszenario unterscheiden.

Die bisher unversiegelten Flächen blieben unversiegelt. Diese Flächen sind von geringer bis allgemeiner Bedeutung für den Naturschutz. Eventuelle Knickrodungen würden unterbleiben. Das Plangebiet würde vermutlich weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden.

Insgesamt sind somit bei Nichtdurchführung der Planung keine negativen und keine wesentlichen positiven Auswirkungen zu erwarten, mit Ausnahme der Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit im Plangebiet.

4.4 Vermeidung, Verminderung, Minimierung und Ausgleich

4.4.1 Vermeidung, Schutz und Minimierung

Vermeidbare Beeinträchtigungen sind zu unterlassen. Unter Vermeidung ist jedoch nicht der Verzicht auf das Vorhaben als solches zu verstehen. Zu untersuchen ist jedoch die Vermeidbarkeit einzelner seiner Teile und die jeweils mögliche Verringerung der Auswirkungen auf die Schutzgüter.

Aufgrund der Wahl eines größtenteils intensiv landwirtschaftlich genutzten Standortes mit geringer bis allgemeiner Bedeutung für den Naturschutz und der Erhaltung des Großteils der vorhandenen Knicks fallen die Umweltauswirkungen im Schutzgut Biotope, Tiere und Pflanzen gering aus. Der Eingriff ins Schutzgut Boden mit der damit einhergehenden Versiegelung ist dagegen eine erhebliche Beeinträchtigung. Die übrigen Schutzgüter werden nur geringfügig von der Planung beeinträchtigt und erfordern keine weiteren Ausgleichs- oder Vermeidungsmaßnahmen.

Konkrete Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen über die nachfolgenden allgemeinen Grundsätze hinaus können erst im Rahmen nachfolgender Bebauungspläne festgelegt werden.

4.4.1.1 Vorsorgender Bodenschutz

Bei der Anlage eines Baugebietes sind die Belange des vorsorgenden Bodenschutzes (§ 1 BBodSchG i. V. mit § 1a Abs. 2 BauGB) zu berücksichtigen. Es ist auf einen sparsamen und schonenden Umgang mit dem Boden zu achten. Im Sinne der Vermeidung bzw. Minimierung von Eingriffswirkungen auf das Schutzgut Boden sind daher folgende Vorgaben im Rahmen der Erschließungsplanung und -ausführung zu beachten.

- Sinnvolle Baufeldunterteilung, um flächendeckende, unregelmäßige Befahrungen zu vermeiden. Trennung der Bereiche für Bebauung-, Freiland-, Grünflächen etc.,

- Schädliche Bodenverdichtungen/ Befahrungen auf nicht zur Überbauung vorgesehenen Flächen vermeiden, Baustraßen (Stahlplatten bzw. Baggermatratzen sind mit einzuplanen),
- Keine Erdarbeiten und kein Befahren bei hoher Bodenfeuchte/ nasser Witterung,
- Vor Beginn des Erdbaus ist sämtliches Oberflächen- und Stauwasser abzuleiten,
- Die Baugruben sind zu jeder Zeit wasserfrei zu halten (offene / geschlossene Wasserhaltung),
- Ausreichende Flächenbereitstellung für Baustelleneinrichtung, Lagerung von Baumaterialien, Bodenzwischenlagerung,
- Bodenzwischenlagerung: sauber getrennt nach humosem Oberboden und Unterboden in profilierten und geglätteten Mieten. Maximale Mietenhöhe 2 m,
- Ordnungsgemäßes und schadloses Wiederverwerten des auf dem Baufeld verbleibenden Bodenmaterials und Verwerten des überschüssigen Materials. Beachtung der DIN 19731,
- Mutterboden, der nicht als Oberboden auf dem Baufeld verwertet werden kann, ist auf landwirtschaftliche Flächen aufzubringen oder in anderen Bereichen wieder als Mutterboden zu verwenden. Mutterboden darf nicht zur Auffüllung von Bodensenken o. Ä. genutzt werden. Der Schutz des Mutterbodens ist gemäß § 202 BauGB zu sichern,
- Anlage von Baustraßen und Bauwegen nach Möglichkeit nur dort, wo später befestigte Wege und Plätze liegen. Vor der Anlage von Bauwegen ist der humose Oberboden zu entfernen und zwischenzulagern. Beim Rückbau von temporären Bauwegen muss der gesamte Wegeaufbau entfernt und danach der natürliche Bodenaufbau wiederhergestellt werden. Entstandene Unterbodenverdichtungen sind zu lockern,
- Errichtung von Bauzäunen, um die Knickflächen und dazugehörigen Schutzstreifen vor dem Befahren zu schützen.

4.4.1.2 Landschaftsbild

Die Erhaltung der Knicks im Plangebiet führt zur Verringerung von Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes. Durch Festsetzungen zu Gebäudehöhen und örtliche Bauvorschriften kann sichergestellt werden, dass die Gebäude im Plangebiet sich in den vorhandenen Siedlungsbestand einpassen.

4.4.1.3 Artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen

Folgende **artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahmen** sind zur Vermeidung von Verstößen gegen die Zugriffsverbote nach § 44 BNatSchG umzusetzen:

- Ausschlussfrist für Gehölzbeseitigung

Bei der Beseitigung von Bäumen, Hecken und anderen Gehölzen ist zum Schutz von Gehölzbrütern die gesetzliche Ausschlussfrist für Gehölzbeseitigung einzuhalten. Das Entfernen von Bäumen, Hecken und anderen Gehölzen ist gemäß § 39 (5) Nr. 2 BNatSchG in der Zeit vom 1. März bis 30. September verboten.

- Bauzeitenregelung

Die Baufeldräumung zur Herstellung der Erschließungsstraßen und Bauflächen muss im Zeitraum zwischen 1. Oktober und Ende Februar erfolgen. Dieser Zeitraum liegt außerhalb der Brut- und Aufzuchtzeit der Jungtiere der potenziell betroffenen Vogelarten

4.4.2 Ausgleich

Mit Umsetzung der Planung verbleiben bei Berücksichtigung der Vermeidung und Verminderung erhebliche Beeinträchtigungen im Schutzgut Boden / Fläche, die auszugleichen sind (vgl. Kap. 4.3.3). Dies bezieht sich auf die zulässige Versiegelung im Wohngebiet sowie neue Erschließungsflächen.

Die exakte Berechnung erfolgt auf der Ebene der nachfolgenden Bebauungspläne anhand der dort konkretisierten Festsetzungen.

Ausgleich für Knickbeseitigung

Die Beseitigung von Knickabschnitten für die Zufahrten bzw. Baugrundstücke stellen einen erheblichen Eingriff dar. Die genaue Länge der zu beseitigenden Knickabschnitte wird auf der Ebene der nachfolgenden Bebauungspläne ermittelt.

Der Kompensationsbedarf für Eingriffe in das gesetzlich geschützte Biotop „Knick“ ergibt sich aus den "Durchführungsbestimmungen zum Knickschutz" (MELUR 2017). Knickbeseitigungen sind durch die Neuanlage von Knicks im Ausgleichsverhältnis 1 : 2 zu kompensieren und dabei sind die fachlichen Standards für Knickverlegungen bzw. Knickneuanlagen zu beachten.

Ausnahmen vom Knickschutz bedürfen einer Genehmigung seitens der Unteren Naturschutzbehörde Kreis Steinburg (§ 30 (3) BNatSchG in Verbindung mit § 21 (3) LNatSchG SH).

4.4.3 Überwachung von Maßnahmen

Hinweise zur Überwachung der Maßnahmen können erst auf der Ebene der nachfolgenden Bebauungspläne erfolgen, wenn diese Maßnahmen auch formuliert werden.

4.5 Prüfung anderweitiger Planungsmöglichkeiten

4.5.1 Standortalternativen

Im Rahmen der Aktualisierung der Innenentwicklungsanalyse (**vgl. Anlage 1**) wurde festgestellt, dass kurz- und mittelfristig (bis 2030) maximal ca. 8 Wohneinheiten in der Gemeinde Schenefeld entstehen könnten.

Des Weiteren wurden Außenbereichsflächen mit Anschluss an den Siedlungskörper der Ortslage Schenefeld hinsichtlich ihrer Eignung für den Wohnungsbau untersucht. Das Plangebiet hat sich dabei als eine der am besten geeigneten Flächen für die Siedlungsentwicklung ergeben.

Zu weiteren Angaben und Ergebnissen zur Innenentwicklungs- und Standortalternativenprüfung wird auf Kapitel 1.5 und 1.6 sowie Anhang 1 verwiesen.

4.5.2 Planungsalternativen innerhalb des Plangebietes

Innerhalb des Plangebietes gibt es aufgrund des Planungsziels keine Alternativen zur Darstellung von Wohnbauflächen.

4.6 Zusätzliche Angaben im Umweltbericht

4.6.1 Technische Verfahren bei der Umweltprüfung

Die zur Untersuchung der Umweltauswirkungen verwendeten Quellen und angewendeten Verfahren, Methoden, Anleitungen etc. werden in den entsprechenden Abschnitten genannt bzw. beschrieben.

Technische Verfahren wurden bei der Durchführung der Umweltprüfung nicht angewandt. Die Bestandsaufnahme basiert auf einer Auswertung bestehender Unterlagen auf Kreis-, Gemeinde- und Projektebene sowie auf den im Rahmen von Ortsterminen gewonnenen Erkenntnissen.

Besondere Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben sind nicht aufgetreten, technische Lücken oder fehlende Kenntnisse wurden nicht festgestellt.

4.6.2 Überwachung der Umweltauswirkungen

Die Überwachung der Umweltauswirkungen („Monitoring“) dient der Überprüfung der planerischen Aussagen zu prognostizierten Auswirkungen, um erforderlichenfalls zu einem späteren Zeitpunkt noch Korrekturen der Planung oder Umsetzung vornehmen zu können oder mit ergänzenden Maßnahmen auf unerwartete Auswirkungen reagieren zu können.

Zu überwachen sind (gemäß § 4 c BauGB) nur die erheblichen Umweltauswirkungen, und hier insbesondere die unvorhergesehenen Umweltauswirkungen. Erhebliche und nicht ausgleichbare Umweltauswirkungen sind bei Beachtung der getroffenen Regelungen und Darstellungen durch die Planung nicht zu erwarten.

Sofern die in nachfolgenden Bebauungsplänen zu regelnden Erhaltungs- und Schutzmaßnahmen im Plangebiet ordnungsgemäß eingehalten werden, ist eine zusätzliche Umsetzungskontrolle entbehrlich. Die Gemeinde behält sich ein Einschreiten vor, sofern Hinweise für einen nicht ordnungsgemäßen Zustand vorliegen oder sich die getroffenen Annahmen als fehlerhaft herausstellen.

Da nach derzeitigem Stand bezüglich der Bau- und Bodendenkmale Hinweise vorliegen, dass es sich bei der überplanten Fläche um Stellen handelt, die gem. § 12 Abs. 2 S. 6 DSchG als Flächen gelten, von denen bekannt ist oder den Umständen nach zu vermuten ist, dass sich dort Kulturdenkmale befinden, sind gem. § 14 DSchG vorab archäologische Untersuchungen erforderlich. Verantwortlich sind hier gemäß § 15 DSchG der Grundstückseigentümer (Gemeinde Schenefeld) und der Leiter der Arbeiten. Weiterhin gilt: Sollten während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist die Denkmalschutzbehörde unverzüglich zu benachrichtigen und die Fundstelle bis zum Eintreffen

der Fachbehörde zu sichern. Es wird auf § 15 des Denkmalschutzgesetzes (DSchG) verwiesen.

4.6.3 Zusammenfassung des Umweltberichts

Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplan-Änderung befindet sich am nordwestlichen Rand des Siedlungsgebiets der Gemeinde Schenefeld.

Das Plangebiet ist ca. 1,3 ha groß und liegt nördlich der Mühlenstraße (Kreisstraße 59) angrenzend an den Bornviethsweg. Weiter östlich liegt die Ortslage Schenefeld, südlich liegt Einzelbebauung an der Mühlenstraße, ansonsten ist das Plangebiet von landwirtschaftlichen Flächen umgeben. Das Ortszentrum um die Kirche liegt ca. 750 m entfernt, die Grund- und Gemeinschaftsschule Schenefeld ca. 900 m.

Das Plangebiet wird derzeit landwirtschaftlich genutzt, teils als Acker- teils als Weideflächen und ist teilweise von Knicks umgeben.

Im Plangebiet ist durch die vorliegende Planung die Realisierung von Wohnbauflächen zur Befriedigung des Wohnbaubedarfs der örtlichen Bevölkerung geplant. Zur Ortsrandeingrünung wird ein entsprechender Maßnahmenstreifen am Rand des Plangebiets vorgesehen.

Für das Plangebiet liegen nach derzeitigem Stand bezüglich der Bau- und Bodendenkmale Hinweise vor, dass es sich bei der überplanten Fläche um Stellen handelt, die gem. § 12 Abs. 2 S. 6 DSchG als Flächen gelten, von denen bekannt ist oder den Umständen nach zu vermuten ist, dass sich dort Kulturdenkmale befinden. Erdarbeiten in diesen Bereichen bedürfen demnach der Genehmigung des Archäologischen Landesamtes.

Die naturschutzrechtlich geschützten Knicks im Plangebiet können vermutlich größtenteils erhalten werden. Ausnahmen vom Knickschutz (z.B. für die Herstellung von Straßendurchbrüchen) bedürfen einer Genehmigung seitens der Unteren Naturschutzbehörde Kreis Steinburg (§ 30 (3) BNatSchG in Verbindung mit § 21 (3) LNatSchG SH). Ein Knickausgleich durch Anlage neuer Knicks ist nachzuweisen. Der Ausgleich erfolgt über ein Ökokonto (Unterlagen werden nachgereicht).

Weiterhin sind erhebliche Auswirkungen auf das Schutzgut Boden durch die Flächenversiegelung auf bisher unversiegelten Flächen zu erwarten.

Der flächenhafte Ausgleichsbedarf kann z.B. durch ein externes Ökokonto ausgeglichen werden.

Nähere Regelungen zur Begrenzung der Auswirkungen und die Ermittlung der Eingriffe erfolgen in nachfolgenden Bebauungsplanverfahren anhand der konkreten Festsetzungen.

Verstöße gegen artenschutzrechtliche Vorschriften werden vermieden, indem die gesetzliche Ausschlussfrist für Gehölzbeseitigung und eine Bauzeitenregelung eingehalten werden.

Im Ergebnis sind bei Realisierung der Planung einschließlich Vermeidungs-, Verminderungs- und Ausgleichsmaßnahmen insgesamt keine nachhaltigen erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten.

4.6.4 Referenzliste

Gesetze und Fachplanungen (in der jeweiligen gültigen Fassung zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses) werden im Kapitel 4.2 „Umweltschutzziele aus übergeordneten Fachgesetzen und Fachplanungen“ aufgeführt. Auf diese wird weitergehend verwiesen.

Die im Umweltbericht und der Begründung aufgeführten Gutachten, die im Zusammenhang mit der Aufstellung der 10. Flächennutzungsplanänderung erstellt worden sind bzw. erstellt werden, sind der Begründung als Anlage beigelegt bzw. werden nachgereicht.

Sonstige Referenzen

BAUGESETZBUCH (BauGB) - Gesetze und Verordnungen zum Bau- und Planungsrecht: vhw – Dienstleistung GmbH, Bonn. Stand: 09.2017

DENKMALSCHUTZGESETZ (DSchG SH 2015): Stand: 30.01.2015

ERLASS DES MINISTERIUMS FÜR ENERGIEWENDE; LANDWIRTSCHAFT; UMWELT UND LÄNDLICHE RÄUME DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN – V 534-531.04 vom 20.01.2017: Durchführungsbestimmungen zum Knickschutz

GEMEINSAMER RUNDERLASS DES INNENMINISTERIUMS UND DES MINISTERIUMS FÜR ENERGIEWENDE; LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND LÄNDLICHE RÄUME Az.: V 531 - 5310.23, IV 268, Landesregierung Schleswig-Holstein. Stand: 9.12.2013

LLUR SH - Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (2019): Kartieranleitung und Biototypenschlüssel für die Biotopkartierung Schleswig-Holstein. 5. Fassung, März 2019

Landschaftsplan Schenefeld (2006), Landwirtschafts-Consulting GmbH, Holstenstraße 106-108, 24103 Kiel, Februar 2006

Schenefeld, _____

Der Bürgermeister

Anlagen

1. Aktualisierte Innenentwicklungs- und Standortalternativenanalyse 2022